Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 31. Oktober 1929
11. Jahrg. Nummer 255

Vertreibt die Wahlfonds-Marken der Kommunistischen Partei
KPD 1929

Erscheint täglich ... Festtage. Bezugspreis: wöchentl. ... Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bez. ... unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: ... Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- ... Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene ... Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 500 30. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 259 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 28, Tel. 4085; Oppeln, Malbergstr. 11, Tel. 1964; Görlitz: Kunitz 8, Telephon 2984. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50

Pleite des „Volksbegehrens"

Bisher keine 10 Prozent erreicht — Die politischen Auswirkungen

Nur die Kommunistische Partei kämpft gegen den Youngplan

Unter Berücksichtigung der vom Reichswahlleiter bereits bekanntgegebenen Zahlen stellt sich die Gesamtzahl der bisher gemeldeten Eintragungen auf 1 849 562, bei einer Zahl von 21 997 001 Stimmberechtigten. Mithin beträgt die Beteiligungsziffer 8,42 v. H. Gemessen an der Gesamtzahl der 41 257 897 Stimmberechtigten liegen an Eintragungsziffern etwa 53,25 v. H. des Reichsgebietes vor.

Noch liegen die endgültigen Zahlen über das Ergebnis des Hugenberg-Volksbegehrens nicht vor, — aber so viel läßt sich schon mit einiger Sicherheit voraussehen, daß nicht einmal die gesetzlich zum Erfolg des Volksbegehrens notwendigen zehn Prozent aller Stimmberechtigten aufgetrieben wurden, obwohl die das Volksbegehren unterstützenden Parteien bei der letzten Reichstagswahl rund 15 Prozent aller Stimmberechtigten für sich erfassen konnten. Dieser politische Mißerfolg wiegt um so schwerer, als der Hugenberg-Clique ein riesiger, bis in die letzten Dörfer hinein verzweigter Propagandaapparat, eine Presse mit Millionenauflagen, der Terror der Junker gegen ihre Landarbeiter zur Verfügung stehen, alle jene Momente, die seinerzeit für den Mißerfolg des Panzerkreuzer-Volksbegehrens maßgebend waren, also wegfallen. Wenn trotz günstiger äußerer Bedingungen ein derartiger katastrophaler Mißerfolg möglich war, so handelte es sich offensichtlich um eine politische Kräfteverschiebung ernstester Art; die deutsche Bourgeoisie hat sich mit beiden Beinen auf den Boden der kapitalistischen Republik, in der man die denkbar besten Geschäfte machen kann, gestellt; sie lehnt die schwarz-weiß-rote Propaganda der Hugenberger als unnütze Spielerei ab. Nicht nur alle Regierungsstellen, auch die wichtigsten Vertreter der deutschen Industriellen und der Großbanken haben sich klar und eindeutig gegen das Volksbegehren ausgesprochen. So wenig ernst der „Kampf" Hugenbergs gegen den Young-Plan war (nur durch die Tatsache, daß die Deutschnationalen momentan in „Opposition" sind, wurden sie davor geschützt, so wie einst für den Dawes-Plan auch für den Young-Plan stimmen zu müssen), er hinderte doch die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung und damit die Verbreiterung der Basis der kommenden faschistischen Diktatur. Nun ist das Hindernis gefallen; Hugenberg wird auf Grund des Mißerfolges innerparteiliche Schwierigkeiten bekommen, und die Deutschnationalen werden wohl bald zur offenen Regierungsbeteiligung reif werden.

Grundfalsch wäre es, den Mißerfolg des Volksbegehrens als eine Schwächung der faschistischen Bewegung aufzufassen. Von den drei bis vier Millionen Wählern, die sich eingetragen haben, steht zweifellos die große Mehrheit hinter den Nationalsozialisten, und die badischen Wahlen haben gezeigt, daß der Nationalfaschismus in einem durchaus ernst zu nehmenden Vormarsch sich befindet. Je mehr sich die Bourgeoisie auf die Ausübung der faschistischen Diktatur mit den Methoden der Weimarer Verfassung sich einstellt, desto mehr verlieren schwarzweißrote große bürgerliche Gruppen nach Art der Hugenberg-Clique an Boden — desto stärker aber baut die Bourgeoisie selbst die „Reservestellung" der unter radikalen Phrasen auftretenden Hitler-Banden aus. Die nationalsozialistische Demagogie, so wenig ernst ihr „Kampf gegen den Young-Plan" ist, ist zweifellos in der Lage, die Verzweiflung breiter werktätiger Massen auszunützen und im Interesse des Finanzkapitals dienstbar zu machen. Um so mehr muß es unsere Aufgabe sein, durch aktivstes Eintreten für die Interessen aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, durch rücksichtsloses Auftreten gegen die faschistischen Horden diese gefährlichen Feinde der faschistischen Bewegung unschädlich zu machen.

Die Plenartagung des Zentralkomitees der KPD.

Gestern nahm das klägliche Komödienspiel der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, des Stahlhelms und der völkischen Wehrverbände, das sich Volksbegehren „gegen" den Young-Plan tituliert, sein unrühmliches Ende. Die breiten Massen des arbeitenden Deutschlands, die Industrieproletarier, Angestellten, Beamten, werktätiger Mittelstand und schaffendes Landvolk, alle, die nicht gewillt sind, sich mit den Sklavenketten des Young-Planes auf Generationen hinaus knechten und ausplündern zu lassen — sie alle wollten die Hugenberg und Hitler mit ihrem demagogischen Scheinkampf gegen den Young-Plan unter ihren Fahnen sammeln. Die Spekulation der reaktionären Clique scheitert.

Die Massen durchschauen das Spiel, das mit ihnen getrieben werden soll. Sie fallen nicht auf die Manöver der Deutschnationalen herein, die vor fünf Jahren mit parlamentarischem Theatercoup den Dawes-Plan über Deutschland verhängen halfen und jetzt sich als „Kämpfer gegen den Young-Plan" aufspielen. Die Arbeiter verachten auch in ihrer Mehrheit den Humbug der nationalsozialistischen Agitation. Sie verstehen, daß diese Nationalsozialisten, die sich unter der glorreichen Führung der Hitler und Goebbels restlos dem Großkapital und der Schwerindustrie verschrieben, unmöglich ernsthaft gegen die kapitalistische Reparationspolitik und damit gegen den Young-Plan ankämpfen können, während zu gleicher Zeit ihre ganze Existenz dem Kampf gegen die proletarische Revolution und für die Erhaltung des Kapitalismus gilt. So scheitert das Volksbegehren am Willen der Massen, sich nicht mißbrauchen zu lassen.

Bedeutet das offensichtliche Fiasko der Hugenberg und Hitler etwa, daß die Werktätigen, die dem faschistisch-reaktionären Komödienspiel Gefolgschaft versagten, Freunde des Young-Planes sind? Die sozialdemokratische Presse, die ihren Lesern und Anhängern derlei weismachen will, übt Betrug. Oder will sie wirklich ernstlich glauben machen, daß jene arbeitenden Millionen, die Herrn Hugenberg und seinen Getreuen den Laufpaß geben, einverstanden sind mit der Sklaverei, die die sozialdemokratisch-kapitalistische Politik über das werktätige Deutschland verhängt? Die proletarischen Männer und Frauen, die ihren Namen nicht für das Volksbegehren der Faschisten mißbrauchen lassen, sollten gutheißen, daß aus der Arbeit, aus Schweiß und Hunger der deutschen Arbeiterklasse die Young-Milliarden zusammengeplündert werden?

Eine solche Unterstellung ist glatter Betrug. Das Scheitern des Volksbegehrens hat nur eine Ursache: die Reife der Massen, die den angeblichen Kampf der Hugenberg und Hitler gegen den Young-Plan als Scheinkampf, als Hilfsdienste für den Geldsack, für die Reaktion und für den Young-Plan erkennen!

*

Gerade mit dem Fiasko der Reaktion wird erst der Weg frei für den wirklichen Kampf gegen den Sklavenpakt. Nur das Proletariat kann durch den Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung und Klassenherrschaft zugleich den Young-Plan zerreißen. Es gibt nur eine Partei, die die Arbeiterklasse und die übrigen Massen in diesem Kampf zu führen vermag. Nur eine Partei ist imstande, die wirkliche Front gegen den Young-Plan aufzureißen, diese Front gleichzeitig gegen das internationale Finanzkapital und gegen die deutsche Bourgeoisie samt ihren Soziallakaien! Es gibt nur eine Partei, die fähig ist, das heroische Beispiel des sowjetrussischen Proletariats, die Zerreißung der imperialistischen Sklavenverträge durch den Sturz der eigenen Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus in Deutschland zu wiederholen: die Kommunistische Partei Deutschlands!

Die KPD. hat auf der Plenartagung des Zentralkomitees in der vergangenen Woche die Waffen geschmiedet, mit denen das deutsche Proletariat in den kommenden Wochen und Monaten seinen Feldzug gegen den Kriegs- und Sklavenpakt führen wird. Diese Einsetzung aller Kräfte, um die strategische Front der proletarischen Offensive gegen den Young-Plan zu errichten, das ist die wichtigste Aufgabe, die sich die Partei auf Grund der Beschlüsse des Zentralkomitees gestellt hat!

Der Kampf gegen den kapitalistischen Reparationspakt, der zugleich ein imperialistischer Kriegspakt gegen die Sowjetunion ist, wird es der KPD. ermöglichen, vor dem deutschen Proletariat und den übrigen werktätigen Schichten die proletarische Lösung, den

Warum Beck gehen mußte

Plötzliche Entlassung wegen Verschuldung

Gleiwitz, 31. Oktober.

Wie wir gestern meldeten, ist der sozialdemokratische Polizeipräsident Beck plötzlich seines Amtes enthoben und auf Wartegeld gesetzt worden. Diese Maßnahme des sozialdemokratischen Polizeiministers hat allgemein überrascht, da Beck noch am Dienstag mittag im Dienst war. Welche Ursachen liegen für die plötzliche Amtsenthebung des Sozialdemokraten Beck vor? Das ist die Frage, mit der sich die proletarische Oeffentlichkeit beschäftigt. Kein Arbeiter glaubt daran, daß Herr Beck, wie es in der amtlichen Verlautbarung heißt, aus „privaten Gründen" seine gut dotierte Stellung mit etwa 20 000 Mark Jahreseinkommen aufgegeben hat. Er mußte gegangen werden, obwohl er sich, wie wir gestern nachgewiesen haben, durch seine sozialfaschistische Tätigkeit und seine Schandmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft das Vertrauen seines sozialdemokratischen Ministers und die Anerkennung der Bourgeoisie erworben hat. Er mußte gehen, weil der Skandal zu groß war. Herr Beck soll trotz seines hohen Gehaltes derart verschuldet gewesen sein, daß der Gerichtsvollzieher bei ihm häufiger Gast war. Hinzu kam noch der Lieferungsskandal beim Polizeipräsidium, den wir in der „Arbeiter-Zeitung" aufgedeckt hatten. Herr Beck, der regelmäßig unsere Redaktion mit Berichtigungen bombardierte, wenn es um die Belange der oberschlesischen Polizei ging, war merkwürdig schweigsam geworden. — (Siehe auch Artikel im gestrigen und heutigen oberschlesischen lokalen Teil.) — **Wenn sich auch die Regierung und die bürgerliche Presse bemühen, die Ursachen für die Entlassung Becks zu verschleiern, wir werden diese Verschleierung durchkreuzen und die wirklichen Gründe für den plötzlichen Abgang des Herrn Beck weiter aufdecken.**

*

Die schlesische und die oberschlesische SPD. hat mit ihren Polizeisozialisten und Dienern Grzesinskis entschieden Pech. Vor knapp zwei Wochen erschoß sich der Leiter der politischen Abteilung im Breslauer Polizeipräsidium, der sozialdemokratische Polizeikommissar Albrecht, weil er randalierende Stahlhelmleute unterstützt hatte und seine Beziehungen zu dieser konterrevolutionären Organisation sehr dunkler Natur waren. Jetzt muß Herr Beck gehen, weil seine Verschuldung Herrn Grzesinski zum sofortigen Einschreiten nötigte. Mit der fortschreitenden Verwesung und Verfaulung der kapitalistischen Gesellschaft tritt zu der politischen Korruption der mit dem Staatsapparat versippten SPD. die moralische. Am 17. November wird die arbeitende Bevölkerung in Schlesien und Oberschlesien ihr Urteil über die politische und moralisch korrupte SPD. fällen.

Hilferdings Finanzpläne

Berlin, 31. Oktober. In seiner heutigen Rede im Haushaltsausschuß des Reichstages machte der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding längere Ausführungen zur Finanzreform. Unter anderem kündigte er eine Erhöhung der indirekten Steuern an. Die Finanzreform ist eine der Forderungen der Schwerindustrie, die darunter die Erhöhung der Massensteuern und den weiteren Abbau der Steuern für das Trustkapital vorsehen. Hilferding beeilt sich durch seine angekündigten Vorschläge, dem Befehl des Trustkapitals nachzukommen.

Siehe auch Bericht aus dem Haushaltsausschuß in der Dienstag-Sitzung, die wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Vor einem Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien

TU. Kattowitz, 31. Oktober. **Die Metallhüttenarbeiter haben auf dem in Königshütte stattgefundenen Betriebsräte-Kongreß beschlossen, sich dem Vorgehen der Bergarbeiterschaft anzuschließen und gemeinsam mit den Bergarbeitern am 6. November 1929 einen vierundzwanzigstündigen Proteststreik durchzuführen. Der Streik soll ohne Rücksicht auf etwaige Verhandlungen, die angesichts der drohenden Lage von den Arbeitgebern für nächste Woche angesetzt wurden, stattfinden, da sich die Arbeiterschaft nach den bisherigen Erfahrungen in weitere Verhandlungen, deren Ergebnisse nicht anerkannt werden, nicht mehr einlassen will. Sollte der Proteststreik kein Ergebnis zeitigen, so würde sich nach den Beschlüssen der Arbeiterschaft sofort der allgemeine Generalstreik anschließen.**

proletarischen Aufmarsch aufzurollen und zu popularisieren. Die Frage der Machtergreifung der Arbeiterklasse als der einzigen Voraussetzung für die Zerreißung des Young-Planes und Befreiung von seinen ungeheuerlichen Lasten wird zwangsläufig auf die Tagesordnung gestellt. Die Kommunistische Partei hat die Pflicht und die Möglichkeit, vor den Massen das Beispiel des Fünfjahresplanes der Sowjetunion, des heroischen sozialistischen Aufbaues, der in gewaltigstem Tempo die kapitalistische Welt und ihre Wirtschaft überflügelt und heute schon bahnbrechende Erfolge von einschneidendster Bedeutung zeitigt, aufzuzeigen. So wie die imperialistischen Räuber mit ihrem Young-Plan die letzten Vorbereitungen treffen, um durch ihren Interventionskrieg die Durchführung des Fünfjahresplanes zu stören, so wächst mit jedem Tage die historische Verantwortung des deutschen Proletariats und der internationalen Arbeiterschaft, über den Frieden für die Sowjetunion und ihren Aufbau zu wachen. Die Plenartagung des Zentralkomitees der KPD. hat die notwendigen Beschlüsse gefaßt, um jene Agitation für die Popularisierung des Fünfjahresplanes des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion zu entfachen, die aufs neue das enge brüderliche Bündnis zwischen dem deutschen Proletariat und den Arbeitern der Sowjetunion bestätigen und die aktive revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistischen Räuber vorbereiten wird.

*

Der Kampf gegen die imperialistischen Kriegstendenzen und der proletarische Gegenangriff gegen den Young-Plan stehen in engster Verbindung mit dem Problem der Abwehr der neuen faschistischen Offensive durch die Arbeiterklasse. Gerade im Zusammenhange mit den österreichischen Ereignissen, die auf der Sitzung des Zentralkomitees eingehend gewürdigt wurden, wird es für die revolutionäre Partei des deutschen Proletariats zur besonderen Pflicht, in der Bekämpfung des Faschismus noch viel stärkere Aktivität als bisher zu entfalten. Unter der Obhut der sozialfaschistischen Regierungen und Behörden hebt die nationalfaschistische Reaktion immer frecher ihr Haupt.

Das Zentralkomitee der KPD. ruft die deutschen Arbeiter zur Gegenoffensive auf. Mit eiserner, unwiderstehlicher Gewalt müssen und werden die proletarischen Sturmkolonnen den Faschismus zerschmettern. Den frechen Plänen der Faschisten, die Zentren des proletarischen Klassenkampfes ihrerseits zu „erobern", setzt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre feste Entschlossenheit entgegen, die Massen des Proletariats so zu mobilisieren und die faschistischen Horden so zu schlagen, daß sich die Hitler und Goebbels samt ihren Anhängern in die dunkelsten Winkel verkriechen. Auf die blutigen Terrorakte und Provokationen des Faschismus antwortet die Kommunistische Partei von nun an mit der revolutionären Gewaltanwendung, die allein imstande ist, die Gefahr des Faschismus zu bannen und den Hitler und Goebbels ein für allemal das Handwerk zu legen!

*

Die Fülle der Aufgaben, die vor der Partei stehen, machen es notwendig, alle vorhandenen revolutionären Kräfte restlos für die Durchführung der politischen Arbeit der Partei zu mobilisieren. Das wichtigste Erfordernis, das sich hieraus für die Partei ergibt, ist die völlige Umstellung, die schroffe Wendung in den Arbeitsmethoden der Partei. Der Bruch mit alten, schematisch gewordenen Formen der Massenarbeit, der Uebergang zu neuen Methoden, die Wendung auf jene neuen Schichten, wie vor allem die Frauen und die proletarische Jugend — kurz, jene große strategische Schwenkung, wie sie der Weddinger Parteitag proklamiert hat, muß nunmehr völlig in die Praxis umgesetzt werden.

Es ist ein Beweis für die innere Geschlossenheit und Reife der Partei, daß die Plenartagung des Zentralkomitees restlos im Zeichen einer rücksichtslosen Selbstkritik an den bisherigen Schwächen der Parteiarbeit stand. Nur auf dem Boden der Einheit der Partei und ihrer Führung, die sich auch auf der Tagung des Zentralkomitees in überzeugender Weise manifestierte, war eine solche strenge, ja brutale Selbstkritik denkbar. Die Partei hat verstanden, daß ihre richtige Politik nur dann die entscheidenden Aufgaben, die vor dem deutschen Proletariat stehen, meistern kann, wenn die Durchführung, die Praxis in nichts hinter der Aufgabenstellung zurückbleibt.

Die Ausmerzung derjenigen Elemente aus dem Funktionärkörper der Partei, die hinter der allgemeinen politischen und revolutionären Entwicklung des Proletariats zurückgeblieben und dem Tempo der revolutionären Entwicklung nicht mehr gewachsen sind, ist eine der Voraussetzungen für die Verbesserung der Parteiarbeit. Die strenge Kontrollierung aller Parteikörperschaften hinsichtlich der Durchführung gestellter Aufgaben ist eine weitere Notwendigkeit. Ausschlaggebend vor allem aber ist der Anschluß an jene revolutionären Massen, die durch die allgemeine Zuspitzung der Klassengegensätze und Radikalisierung der deutschen Arbeiterschaft von der neuen aufsteigenden Welle der Revolution vorwärtsgetragen werden und die in den Reihen der Partei organisiert und als bewußte Soldaten der Revolution eingesetzt werden müssen.

Die Plenarsitzung des Zentralkomitees, die in völliger Einmütigkeit alle diese Fragen behandelte, gibt in ihrer umfassenden Resolution über den Kampf gegen den Young-Plan, die wir an einer anderen Stelle veröffentlichen, die Richtlinien für die Arbeit der Partei in der bevorstehenden Periode. Schon der am 30. November und 1. Dezember stattfindende Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition stellt an die kommunistische Avantgarde der klassenbewußten Arbeiterschaft die Anforderung, alle proletarischen Kräfte zu mobilisieren und die Voraussetzungen für gewaltige Wirtschaftskämpfe in den kommenden Monaten zu schaffen.

Es ist kein Zufall, daß die bürgerlichen Politiker tagtäglich über den besonderen Ernst der gegenwärtigen Klassensituation reden und schreiben. Kein Zufall, daß von bürgerlicher Seite immer wieder der Gedanke an den Bürgerkrieg laut wird. Die Partei der deutschen Revolution, die bolschewistische Partei der deutschen Arbeiter, ist im Vormarsch. Immer kühner, immer entschlossener und immer eiserner gilt es, die Reihen zu schließen und die Arbeit zu verbessern, damit die Partei ihr Ziel erreichen kann: die Befreiung des deutschen Proletariats vom Joch des Kapitalismus!

Berliner Rohrleger brechen den Streik ab

Unbesiegt in die Betriebe zurück

Eine überfüllte Streikversammlung der Berliner Rohrleger beschloß am Dienstag, dem 29. Oktober, mit überwältigender Mehrheit, den Streik abzubrechen.

Dieser Beschluß wurde gefaßt in der klaren Erkenntnis, daß angesichts der breiten Front der Feinde, die sich gegen die kämpfenden Rohrleger zusammengefunden haben, eine Fortsetzung des Kampfes durch die kleine Gruppe der Rohrleger unzweckmäßig ist. Um einen Sieg der revolutionären Gruppe der Rohrleger zu verhindern, haben die Verbände der Bauunternehmer und der Verband der Berliner Metallindustriellen die bestreikten Unternehmer in reichlichem Maße finanziell unterstützt, weiter wurde die volle Macht des kapitalistischen Staates gegen die Rohrleger eingesetzt, und dazu kam, daß die gesamte sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie fieberhaft tätig war, um durch Vermittelung von Streikbrechern und sonstigen Unternehmerdiensten einen Sieg der Rohrleger unmöglich zu machen.

Einer so breiten Front der Klassenfeinde gegenüber erwiesen sich die paar Tausend Rohrleger numerisch zu schwach, um einen vollen Sieg zu erringen. Sie haben erkannt, daß es notwendig ist, daß viel breitere Arbeitermassen vorstoßen, um gegen die Front des feindlichen Dreibundes siegreiche Durchbruchsschlachten zu liefern. — Deshalb brechen die Rohrleger, die sich nicht als geschlagen fühlen, nach zehnwöchigem Kampf den Streik ab, der trotz alledem als heldenhafter Vorstoß einer kleinen Vorhut des Proletariats große Bedeutung hat. Die Rohrleger gehen nur in die Betriebe zurück, um, vereint mit größeren proletarischen Massen erneut vorzustoßen.

Wenn also auch der sozialfaschistische Streikbruch nicht den entscheidenden Grund für den Abbruch des heldenhaften Kampfes ist, so muß doch immer wieder unterstrichen werden, daß die Sozialfaschisten eine immer niederträchtigere Rolle spielten.

Die einzelnen Gewalttaten Zörgiebels sind bekannt. Wohl mußte der Vernehmungsrichter die von Zörgiebel verhafteten Rohrleger-Führer wieder auf freien Fuß setzen, doch wurde sofort dem Genossen Niederkirchner ein Ausweisungsverfahren angehängt. (Siehe gestrige Meldung.) Gleichzeitig hat Zörgiebel den Terror verstärkt und immer größere Polizeikräfte zum Schutz der Streikbrecher eingesetzt. Leider ist es der Arbeiterschaft im Reich nicht gelungen, den Zustrom von Streikbrechern, die von der DMV.-Bürokratie überall angeworben wurden, einzudämmen. Die öffentliche Anprangerung der Streikbrecher erfolgte in nicht genügendem Maße, es muß jetzt noch nachgeholt werden. Der Abbruch des Streikes bedeutet ja in diesem Fall weniger noch als in anderen Fällen Abbruch des unmittelbaren Kampfes. Ein schwerer Kampf muß jetzt gegen die beabsichtigten Maßregelungen geführt werden, und zur Unterstützung der Gemaßregelten müssen auch die Geldsammlungen fortgesetzt werden. Es gilt, weiterhin aktive Solidarität zu üben.

Die Gesamtarbeiterschaft aber muß ihre Rüstungen beschleunigen, um in kurzer Zeit in breiterer Front dem feindlichen [illegible] gegentreten zu können.

Hilferding als Unternehmersyndikus

Er begründet die Steuersenkung für den Besitz

Berlin, 30. Oktober.

Die Dienstagssitzung des Haushaltausschusses des Reichstages wurde durch eine Rede des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding eröffnet. Hilferding machte nur allgemeine Phrasen und vage Andeutungen. Er verzapfte die Unternehmerweisheit, daß die Arbeiterschaft ein „eminentes Interesse" daran habe, daß die Besitzsteuern des Kapitals ermäßigt werden, damit das Kapital die Produktivität steigern könne. Deshalb müssen Erleichterungen, welche die Regierung aus dem Young-Plan erwartet, zur Senkung der Besitzbelastung verwandt werden.

Genosse Neubauer hielt dem Finanzminister vor, daß er genau so wie ein Unternehmersyndikus gesprochen hat; die Konsequenz seiner Ausführungen sei die: die Arbeiter sollen sorgen, daß die Reichen noch reicher werden! Genosse Neubauer verlangte klare Information über die geplante Finanzreform; der „Vorwärts" hat schon am 2. Oktober darüber Mitteilungen veröffentlicht, die geeignet waren, bei der Arbeiterklasse die größte Beunruhigung hervorzurufen. Hilferding soll sagen, in wie weit sein Reformwerk mit den Mitteilungen des „Vorwärts" identisch ist, oder man muß annehmen, daß tatsächlich der vom „Vorwärts" mitgeteilte Plan die Absichten des Reichsfinanzministers darstellt. Weiter fordert Genosse Neubauer vollständige Informierung über den Zündholzmonopolvertrag, den Hilferding hinter dem Rücken des Reichstages abgeschlossen hat.

Genosse Torgler brachte im Namen der kommunistischen Fraktion einen Antrag ein, der den Reichsfinanzminister auffordert, die obenerwähnten Erklärungen zu geben. Auch die Deutschnationalen brachten einen ähnlichen Antrag ein. Der Reichsfinanzminister aber lehnte jede derartige Auskunft ab; auch ein Zentrumsvertreter sprach dagegen, während die Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteiler zu der ganzen Debatte kein Wort zu sagen hatten! Darum ergriff Genosse Neubauer noch einmal das Wort und erinnerte daran, daß ja auch die demokratische und volksparteiliche Presse unter heftigen Angriffen gegen Hilferding solche Aufklärungen über die Finanzreform gefordert habe; diese Blätter haben dem sozialdemokratischen Reichsfinanzminister „erdrückende Passivität", „lähmende Energielosigkeit" und dergleichen vorgeworfen. Hilferding soll darum nicht kneifen, sondern seine Geheimnisse lüften. **Die SPD. will jedoch aus Gründen der Wahldemagogie verhindern, daß die arbeitenden Massen vor dem 17. November, dem Tage der Kommunalwahlen, die schändlichen Pläne des Reichsfinanzministeriums auf neue ungeheuerliche Massenbelastung erfahren.**

Die Abstimmung ergab, daß die Regierungsparteien geschlossen sowohl den kommunistischen wie auch den deutschnationalen Antrag ablehnten und Hilferding ermöglichten, sich wieder in die Dunkelkammer zu flüchten.

*

Der Haushaltsausschuß trat dann in die Beratung einer Novelle zur Reichshaushaltsordnung ein, zu der Genosse Torgler den Standpunkt der kommunistischen Fraktion darlegte. Er betonte, daß es der Kommunistischen Partei und auch der werktätigen Bevölkerung in erster Linie auf die materielle Gestaltung des Etats ankommt. Die Novelle bedeute in fast allen wesentlichen Punkten den Versuch, die Stellung des Finanzministers in die eines Finanzdiktators umzugestalten. Dagegen würden sich die Kommunisten auf das entschiedenste wenden, sie könnten sich lediglich mit einer Erweiterung der Befugnisse des Reichstags sowohl gegenüber dem Finanzminister als auch gegenüber den übrigen Ministerien einverstanden erklären.

Die Weiterberatung wird Donnerstag fortgesetzt.

Neuer Börsenkrach in Neuyork

Berliner Börse in Mitleidenschaft

Die Neuyorker Börse, die bereits am Donnerstag voriger Woche einen sogenannten schwarzen Tag erlebte, hatte gestern wiederum einen Tag beispielloser Kursstürze zu verzeichnen. Die Verluste gehen in die Milliarden. Der Börsenkrach, der Hunderttausende Kleinbürgerlicher Existenzen und die Spekulanten des Mittelstandes ruiniert hat, ist von Großbanken vorausgesehen und zu einer großzügigen Spekulation ausgenutzt worden.

Auch die Berliner Börse wurde in Mitleidenschaft gezogen. Es traten Kursverluste bis zu 10 Prozent ein.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, geht die jahrelange, seit dem Kriege bestehende, kaum jemals ernstlich unterbrochene Hochkonjunktur der amerikanischen Wirtschaft ihrem Ende entgegen. Der Umfang des Börsenkrachs zeigt die ernstliche Veränderung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten.

Diese Vorgänge wirken sich auch auf die europäischen kapitalistischen Länder, insbesondere auch auf Deutschland, aus. Der Young-Plan wurde vom deutschen Finanzkapital mit der Hoffnung begrüßt, man könne dadurch, daß man sich der amerikanischen Kontrolle unterstellt und gemeinsam die Ausbeutung des deutschen Proletariats vornimmt, der Segnungen der amerikanischen Kapitaleinfuhr nach Deutschland teilhaftig werden.

Die neuauftretenden ernstlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für das amerikanische Kapital werden der Anlaß zu einer verschärften Durchführung der Kapitaloffensive gegen das deutsche Proletariat im Verfolg der Durchführung des Young-Planes werden.

Rüstet zum Reichskongreß

In einer Betriebsversammlung der AEG. Kabelwerke Oberspree wurden drei Kollegen zum Reichskongreß delegiert.

In einer Landarbeiterversammlung im Kreise Greifswald wurde ein Landarbeiter zum Reichskongreß delegiert.

Eine, trotz Sabotage der reformistischen Betriebsräte, gut besuchte Belegschaftsversammlung der Anhaltischen Salzwerke wählte einen Delegierten zum Reichskongreß, ebenso einen Delegierten der Kaliindustrie nach Sowjetrußland.

Die Belegschaft der Silberhütte der Mansfeld A.-G. wählte einen Delegierten und stellte seine Finanzierung sicher.

Die französische „Links"-Regierung gescheitert

Nach langen Debatten hat der Nationalrat der französischen Sozialdemokratie mit knapper Mehrheit den Antrag auf Eintritt in eine unter Führung der Radikalen stehende Koalitionsregierung abgelehnt. So radikale Phrasen seitens der Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit gebraucht wurden, so war für den Beschluß alles andere als prinzipielle Koalitionsgegnerschaft maßgebend. Hatten doch auch die gegen eine Regierungsbeteiligung unter Führung der Radikalen eintretenden Parteiführer zuvor erklärt, daß sie zu einer Koalitionsregierung unter einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten bereit wären. Und selbst unter den gegebenen Bedingungen wäre der Beschluß auf Regierungsbeteiligung klar zustande gekommen, wenn nicht die Linksrepublikaner (die etwa unserer Deutschen Volkspartei entsprechen), auf die der Radikalen-Führer Daladier (der vorgesehene Ministerpräsident) unbedingt rechnete, die Erklärung abgegeben hätten, daß sie nicht mit der Sozialdemokratie in eine Koalition gehen wollten. Unter diesen Umständen erklärte der sozialdemokratische Parteisekretär Paul Faure, daß die Koalitionsregierung ja doch binnen kurzem gestürzt werden müsse, und daß es besser sei, das Pulver der erstmaligen Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie nicht zu verschießen, sondern dazu einen Sieg bei den nächsten Wahlen abzuwarten. Man sieht, die französischen Sozialdemokraten sind alles andere als Koalitionsgegner, sie wollen nur den günstigsten Moment für die Koalition abwarten. Aber auch so haben sie sich die allerhöchste Ungnade des „Vorwärts" zugezogen, der ihnen vorwirft, daß sie als bloß zweitstärkste Partei des Parlaments keinen Anspruch darauf gehabt hätten, die Führung in der Regierung zu übernehmen, und daß sie dadurch, daß sie nicht bedingungslos der Koalition beitraten, eine „noch reaktionärere Regierung" in den Sattel gehoben hätten.

Das Jammern des „Vorwärts" ist nur der Ausdruck der Angst, den die deutschen Sozialfaschisten angesichts des französischen Beispiels vor dem Fußtritt, der sie von den Futterkrippen entfernt, empfinden. (Wie groß auch die Sehnsucht bei den französischen sozialdemokratischen Führern nach der Regierungsfutterkrippe ist, wird durch eine Meldung aus Paris beleuchtet, nach der 60 sozialistische Abgeordnete mit dem Austritt aus der Partei drohen. — Die Red.)

Das Scheitern der französischen „Links"regierung lag — wie wir sahen — durchaus nicht an der Sozialdemokratie, die — wenn nur die Regierung Aussicht auf Stabilität gehabt hätte — unter jeder Bedingung hineingegangen wäre, und die sich auch so zu einer „wohlwollenden Unterstützung", also versteckten Koalition, bereit erklärte. Daladier setzte auch nach der sozialdemokratischen Ablehnung seine Versuche zur Regierungsbildung fort, (er konnte ja auch so auf die sozialdemokratischen Stimmen zählen) und stellte sie erst ein, als Briand in klarer und unzweideutiger Weise (deren äußere Formen sogar auf einen Fußtritt hinausgingen) die Erklärung abgab, daß er sich nur an einer Regierung der „Republikanischen Union", etwa dem deutschen Bürgerblock entsprechend, beteiligen wolle. Der Auftrag zur Bildung einer solchen Regierung ist inzwischen dem „Linksrepublikaner" Clementel erteilt worden. Das französische Finanzkapital weist die angebotenen Lakaiendienste der Sozialdemokratie dankend bis auf weiteres zurück und schafft sich die „stabile Regierung" nach seinem Geschmack.

*

TU. Paris, 30. Oktober. Der französische Staatspräsident hat am Mittwochmittag den linksradikalen Senator Clementel mit der Regierungsbildung beauftragt. Clementel hat diesen Auftrag angenommen und betont, daß er sich bemühen werde, ein Kabinett auf der Grundlage einer republikanischen Konzentration zu bilden. Er werde seine Bem[illegible] um die Kabinettsbildung sofort aufnehmen.

Verantwortlich für [illegible] Beilagen Alfred Thomas, Breslau; für Waldenburg und [illegible] Betrieb und Gewerkschaft Wilhelm [illegible], Breslau; für [illegible]schlesien Gerhard Schulz, Glatz.

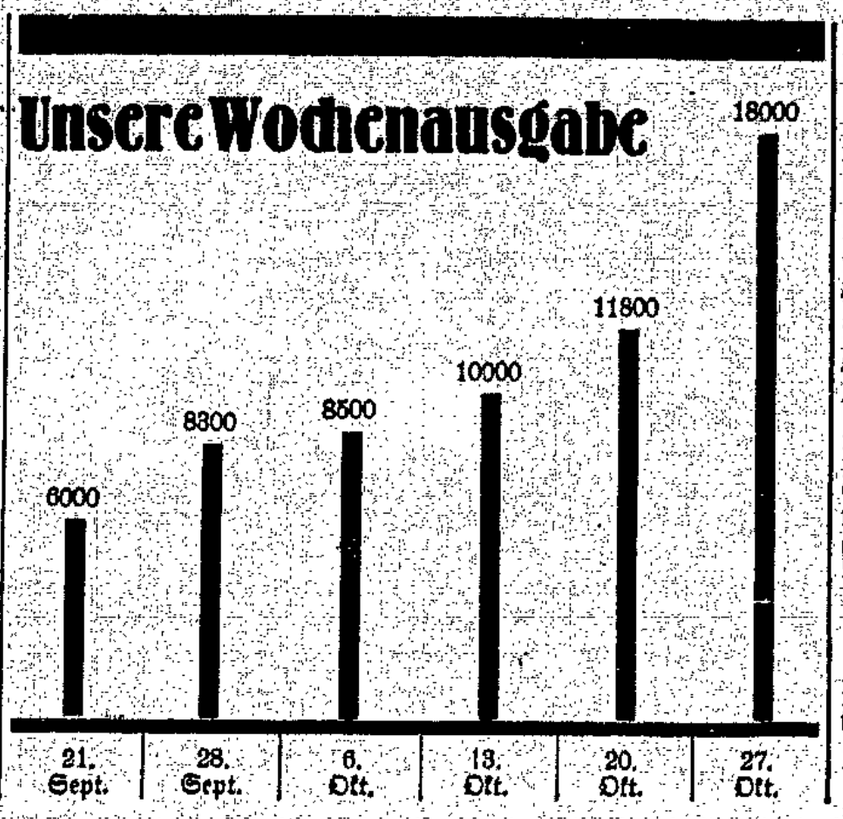
Verstärkt den Angriff!

Trefft die letzten Vorbereitungen zum 2. Großwerbetag am 3. November

Vom 27. Oktober bis 10. November werben wir in Schlesien und Oberschlesien für Partei und Presse. Wir stellen uns als Aufgabe, neue Parteimitglieder und neue Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung" zu werben, den Kreis der Sympathisierenden zu erweitern und den Vertrieb der Wochenausgabe zu steigern.

Wir haben bereits Erfolge zu verzeichnen, obwohl wir von den 14 Werbetagen erst vier mit einem Großwerbetag hinter uns haben. Zehn Werbetage mit zwei Großwerbetagen am 3. und 10. November stehen noch bevor. Der Erfolg läßt sich vorerst an Hand der steigenden Zahlen im Vertrieb der Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung" feststellen. Die Tabelle stellt graphisch dar, wie der Vertrieb der Wochenausgabe in den letzten Wochen gestiegen ist. Von rund 6000 am 21. September stieg er auf rund 11 800 am 20. Oktober und betrug am vergangenen Sonntag 18 000 Exemplare.

Durch den gesteigerten Vertrieb der Wochenausgabe war es uns möglich, viele Tausende Werktätige in Stadt und Land mit den kommunistischen Gedankengängen vertraut zu machen. Durch die weitere Steigerung des Vertriebes wird es uns möglich sein, an weitere Tausende von Proletariern heranzukommen.



Die Bezirksleitung Schlesien hat an alle Ortsgruppen des Bezirkes Fragebogen versandt. Diese Fragebogen müssen nach dem letzten Großwerbetag ausgefüllt und nach Breslau gesandt werden. Die Bezirksleitung erwartet, daß alle beantworteten Fragebogen bis spätestens 12. November in ihrem Besitz sind.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist es notwendig, die Genossen auf folgendes aufmerksam zu machen: Es genügt nicht, wenn man die Zeitung verkauft und weitergeht. Notwendig ist, die gelegentlichen Käufer der Wochenausgabe zu ständigen Abnehmern zu gewinnen und feste Abonnenten zu werben. Notwendig ist, die mit uns Sympathisierenden zum Eintritt in die Partei zu bewegen. Es genügt nicht, neue Sympathisierende zu gewinnen. Notwendig ist, sie auch organisatorisch zu erfassen.

Genossen, die Situation ist günstig!

Verstärkt den Angriff!

Trefft die letzten Vorbereitungen zum zweiten Großwerbetag am 3. November!

Bestellt die Wochenausgabe zum Sondervertrieb!

Heran an die Massen!

Sklarek-Partei fürchtet Untersuchung

Weil ein Kommunist Vorsitzender ist — Die erste Sitzung des Landtagausschusses — Bilanzfälschung des „kranken" SPD.-Direktors Kieburg — SPD.-Kohl nicht aufzufinden

Der vom Preußischen Landtag auf Antrag der Kommunisten eingesetzte Ausschuß zur Nachprüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung (Sklarek-Ausschuß) nahm gestern unter dem Vorsitz des Genossen Schwenk seine Arbeit auf. Das schlechte Gewissen der SPD. trieb die sozialdemokratischen Vertreter, an der Spitze ihr berüchtigter Barmat-Heilmann, zu förmlichen Angstanfällen. Die SPD. versuchte, den Untersuchungsausschuß zu Entlastungs- und Vertuschungsmanövern für ihre korrumpierten Fraktionsgenossen Kohl, Brolat, Kieburg, Schüning, Mühlmann usw. zu benutzen und hatte sogar die Frechheit, nachdem sie zuerst gegen die Wahl des Genossen Schwenk als Vorsitzenden keinen Einspruch erhoben hat, plötzlich gegen den Vorsitz des Genossen Schwenk zu protestieren, weil Schwenk „Mitglied des Kreditausschusses" der Stadtbank sei.

Nur die grenzenlose Furcht vor weiteren Enthüllungen macht die Unverschämtheit erklärlich. Die SPD. weiß ganz genau, daß für die Kreditbewilligungen niemals der Kreditausschuß in seiner Gesamtheit, sondern der extra dafür eingesetzte Sonderausschuß verantwortlich ist. Aber in diesem Sonderausschuß sitzt nämlich der sozialdemokratische Stadtverordnete Mühlmann, und der ist es gewesen, der die Schwindelkredite den Sklarek bewilligt hat, weswegen der Oberpräsident von dem Sozialdemokraten Mühlmann die Niederlegung seines Postens gefordert hat.

Ablenkungsmanöver das ganze Angstgeschrei der SPD. gestern im Untersuchungsausschuß. Als es sich darum handelte, **Tatsachen** festzustellen bei der Vernehmung des Leiters der BAG. (Berliner Anschaffungs-Gesellschaft), des Obermagistratsrats Schalldach, der gestern als erster Zeuge vom Untersuchungsausschuß vernommen wurde, wagte die SPD. **nicht eine einzige Frage** (!) an den Zeugen zu stellen.

Nachdem im Ausschuß beantragt wurde, weitere Zeugen zu vernehmen, die Schalldach benannt hatte, erhob die SPD. Protest, weil durch **diese** Zeugen die Korrumpierung ihrer eigenen Mitglieder **bewiesen** worden wäre.

Obermagistratsrat Schalldach ging ausführlich auf die Entwicklungsgeschichte der **Anschaffungsgesellschaft** und der **Kleidervertriebsgesellschaft** ein. 1920 übernahm die Stadt Berlin Anteile der Vertriebsgesellschaft und übertrug sie auf zwei Stadträte und zwei Stadtverordnete, darunter auch auf den **sozialdemokratischen** Bürgermeister Kohl. Einer der Direktoren wurde der **Sozialdemokrat Kieburg** (der es vorgezogen hat, als Zeuge vor dem Landtag **wegen „Krankheit" nicht zu erscheinen).** 1925 mußte bereits durch die Verschleuderung des Lagers die Liquidierung der KVG. beantragt werden. Das Lager im angeblichen Werte von 650 000 Mark wurde den Sklarek zugeschoben. Als „Gegenleistung" bekamen sie vom Magistrat noch ein Darlehen von 300 000 Mark dazu. Gleichzeitig wurde der Lieferungsvertrag auf zwei Jahre verlängert und dadurch die Vorarbeit für weitere Monopolverträge geschaffen.

Nach kurzer Zeit hatte dieser Sozialdemokrat Kieburg unter „Kontrolle" des sozialdemokratischen Aufsichtsratsvorsitzenden Kohl die Anschaffungsgesellschaft so heruntergewirtschaftet, daß die Nachprüfung einen **Gesamtverlust von etwa 800 000 Mark** ergab. Ferner wurde eine **Bilanzfälschung** durch Kieburg, die nur im **Einverständnis mit den Sklarek** erfolgt sein konnte, festgestellt. Das Verfahren gegen Kieburg, vorsichtigerweise hat Schalldach darüber nichts berichtet, wurde

von der Staatsanwaltschaft seinerzeit niedergeschlagen!!

Trotz dieser schon damals festgestellten Betrügereien der Sklarek hat der Magistrat, um „die Stadt vor Schaden zu bewahren", die Verbindung mit den Sklarek **weiter aufrechterhalten.** Es kommen noch verschiedene Einzelheiten zur Behandlung, die bereits der Oeffentlichkeit durch die „Rote Fahne" bekannt sind.

In der Nachmittagssitzung teilt der Vorsitzende, Gen. Schwenk, unter allgemeiner Heiterkeit mit, daß es nicht gelungen sei, den Bürgermeister Kohl telephonisch zu laden, da er sich zurzeit in Urlaub befindet und

nicht aufgefunden werden konnte.

Nunmehr entfesselten die getretenen SPD.-Vertreter die eingangs geschilderten Szenen. Auf Befragen des Genossen Obuch bekundet der Zeuge Schalldach, daß von der KVG., die hauptsächlich **minderbemittelte** Kreise beliefern sollte, seinerzeit schon **zahlreiche Beamte** (!) **Waren bezogen haben.** Auf weitere Fragen des Genossen Obuch, ob denn die Sklarek so schlechte Kaufleute gewesen seien, daß sie sich ein so wertloses Lager aufhängen ließen, daß man sie noch mit 300 000 Mark Kredit „entschädigen" mußte, erwiderte der Zeuge: „Ich nahm an, daß die Sklarek getäuscht (!?) worden sind. Das Lager bestand zum Teil aus **Attrappen,** um die Stückzahl voll zu machen."

Gen. Obuch: „Das Lager stellte also sozusagen eine Mumie dar?"

Zeuge Schalldach: „Nicht das ganze Lager, aber vorn hingen die guten, hinten die schlechten Sachen."

Anscheinend ist der Zeuge Schalldach, der selbst **auf der Kleiderliste Sklarek** steht, der Auffassung, daß schließlich noch Sklarek die „Betrogenen" sind!!

In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung versuchten die Sozialdemokraten wiederum einen erfolglosen **Sprengungsversuch des ihnen sehr peinlichen Untersuchungsausschusses.**

Zur weiteren Aufklärung soll der frühere Aufsichtsratsvorsitzende der KVG., der jetzige sozialdemokratische Bürgermeister Kohl, vom Ausschuß vernommen werden. Bei der heutigen Sitzung wird der Stadtverordnete Merkel und morgen die Stadträtin Wehl, Stadtrat Gaebel und der Stadtsyndikus Lange vernommen werden.

Die unter starkem Andrang der Oeffentlichkeit stattgefundene erste Tagung des Untersuchungsausschusses hat klar gezeigt, daß die SPD. mit allen Mitteln versucht, **jetzt noch** ihre korrumpierten Mitglieder zu entlasten. **Die werktätige Bevölkerung wird durch kein demagogisches Lügenmanöver mehr daran gehindert werden können, dieser sozialdemokratischen Korruptionspartei am 17. November eine restlose Niederlage zu bereiten!**

Genosse Löwy wurde ermordet!

Mißhandlungen bei der Zwangsernährung führten zu innerer Verblutung

Wien, 29. Oktober. (Inprekorr.) Aus Budapest wird gemeldet: Die Meldungen der bürgerlichen Presse, daß Genosse Löwy infolge des Hungerstreiks gestorben sei, sind erlogen. Genosse Löwy, ein besonders kräftiger Mann, ist an den Folgen der schweren Mißhandlungen, die an ihm verübt wurden, als er sich der zwangsweisen Ernährung widersetzte, durch innere Verblutung gestorben.

Der Hungerstreik der anderen Gefangenen geht ungeschwächt weiter.

Genosse Löwy fiel im Klassenkampf. Schon mit dreizehn Jahren wurde er wegen seiner Tätigkeit in der kommunistischen Kinderbewegung polizeilich verfolgt. In der **Jugendbewegung** spielte er eine führende Rolle. Nachdem er 1926 als „lästiger Ausländer" aus der Tschechoslowakei ausgewiesen war, organisierte er in Budapest die **illegale Jugendbewegung.**

1927 wurde Genosse Löwy verhaftet. Bei seiner „Vernehmung" wurde er so gefoltert, daß er **bewußtlos** ins **Gefängniskrankenhaus** eingeliefert wurde!

Sein mutiges Auftreten vor Gericht dürfte noch in Erinnerung der Arbeiterschaft sein. Die bürgerliche Klassenjustiz hatte ihn zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Am 25. Oktober, als Genosse Löwy noch nicht aus den Reihen der Kampfgenossen gerissen war, organisierte die illegale Kommunistische Partei Ungarns Protestdemonstrationen vor dem Gefängnis. In einem Flugblatt forderte sie: **vollständige Amnestie,** die **Einstellung der Polizeibrutalitäten** und die **Bewilligung sämtlicher Forderungen** der am Hungerstreik teilnehmenden Gefangenen.

Dieses Flugblatt hat auf die Arbeiterschaft von Budapest großen **Eindruck** gemacht. Am Abend des 26. Oktober sammelten sich einige hundert Arbeiter vor Budapester **Gefängnissen** und **demonstrierten** für die Teilnehmer am Hungerstreik. Der Polizei gelang es nur unter Anwendung brutalster Maßnahmen, die **Demonstranten** auseinanderzutreiben.

Der Mut der ungarischen Arbeiter, die unter dem faschistischen Terror ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden haben, allein kann die Kämpfer nicht befreien!

Ihre tapfere Aktion gilt es überall zu unterstützen! Durch alle Länder muß die Welle des Protestes gehen!

Heraus zum Protest! Entreißt unsere Genossen den Klauen der Weißbanditen! Befreit die proletarischen politischen Gefangenen in allen Ländern!

Werktätige Frauen an die Front!

Vom 27. Oktober bis 10. November ist die Werbewoche für die Kommunistische Partei und die „Arbeiter-Zeitung".

Tut auch ihr eure Pflicht!

5% RABATT in Marken
Großverbraucher Vorzugspreise
Großer Kaffee-Preisabschlag
alle Sorten 20 Pfg. billiger.
KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Kommunismus gegen Imperialismus!

Proletarischer Kampf gegen den Young-Plan — Aktive Unterstützung des Fünfjahrplans — Revolutionärer Angriff gegen den Faschismus und Sozialfaschismus — Stärkste Anspannung der Parteiarbeit — Beseitigung des Tempoverlustes, rücksichtslose Selbstkritik — Vorwärts zur Eroberung der Massen!

Am 24. und 25. Oktober tagte die Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands. Das Zentralkomitee faßte eine Reihe wichtiger Beschlüsse, die den Inhalt unserer Arbeit für die nächste Zeit fest umreißen. Die Verhandlungen des Plenums, an der alle Mitglieder des ZK., besonders die Betriebsarbeiter, einen außerordentlich lebendigen, aktiven Anteil nahmen, standen im Zeichen der schärfsten, rücksichtslosesten, ja, man kann sagen geradezu brutalen Selbstkritik an den Mängeln und Schwächen unserer Parteiarbeit. Erneut zeigte sich, wie schon auf früheren Tagungen der KPD., besonders auf dem Weddinger Parteitag, daß die Kommunisten sich niemals mit dem Erreichten und Vorhandenen zufrieden geben, daß sie niemals mit opportunistischer Selbstgenügsamkeit und Selbsttäuschung die schwachen Stellen ihrer Arbeit verdecken. Unsere Partei ist revolutionär bis auf das Mark, und darum kritisch sich selbst gegenüber, selbstkritisch bis aufs Mark. Dieser bolschewistische Geist der offenen Bloßlegung aller Unzulänglichkeiten unserer Arbeit beherrschte die Tagung des ZK. vom politischen Hauptreferat des Genossen Thälmann bis zu den Ausführungen der Diskussionsredner aus allen Bezirken Deutschlands.

Auf der Tagesordnung des Oktober-Plenums standen folgende Fragen:

1. Unser Kampf gegen den Young-Plan. Referent: Genosse Thälmann.
2. Der Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaues. Referent: Genosse Heinz Neumann.
3. Internationaler Bericht. Referent: Genosse Remmele.

Referat des Genossen Ernst Thälmann

Im Mittelpunkt der Plenarsitzung stand das Referat des Genossen Thälmann, der, ausgehend von den Problemen unseres Kampfes gegen den Young-Plan, in seinen Ausführungen umfassend, kritisch und konkret die Gesamtarbeit der Partei herausarbeitete. Er unterzog die Tätigkeit der Partei vom Weddinger Parteitag bis zur Gegenwart einer eingehenden Prüfung. **Die Generallinie unserer Politik hat sich als absolut richtig erwiesen.** Objektiv haben wir eine sehr günstige Situation. Trotzdem sind in der Durchführung unserer praktischen Aufgaben große Unterlassungssünden zu verzeichnen. Die Lage in Deutschland verschärft sich durch die Auswirkungen des Young-Planes außerordentlich. Wir müssen klar und scharf die Frage stellen, ob wir in dieser Situation einen Tempogewinn oder einen gewissen Tempoverlust in unserer Arbeit zu verzeichnen haben. Wir müssen unumwunden sagen, daß wir in den letzten Monaten etwas an Tempo verloren hatten. Das, was sich auf dem Weddinger Parteitag vollzogen hat, die gewaltige Begeisterung in unseren eigenen Reihen, das innere Wachstum der Partei, verpflichtet uns zur **radikalen Umstellung unserer Arbeitsmethoden.** Wir gehen vorwärts, aber wir müssen **viel schneller vorwärtsgehen als bisher.** Wir kämpfen im Proletariat um die Führung. Die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse steht vor uns als unmittelbare Aufgabe. **Die Kommunistische Partei zeigt die einzige revolutionäre Lösung, den einzigen proletarischen Ausweg aus den Zuständen, wie sie der Young-Plan geschaffen hat.**

Unser Kampf gegen den Young-Plan

Die Annahme des Young-Planes signalisiert die Verschiebung der Klassenkräfte in der ganzen Welt. Immer klarer zeigt sich die Bedeutung der Sowjetunion, des wichtigsten revolutionären Weltfaktors, mit ihrem Fünfjahresplan und dem gewaltigen Tempo der sozialistischen Entwicklung, des Aufbaues des Sozialismus. Im Zusammenhang damit gewinnt **der Kampf gegen den Young-Plan** in Deutschland für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt größte Bedeutung. In keinem Lande der Welt muß das Proletariat eine solche Doppelbelastung tragen, wie das deutsche in den kommenden Jahren. Der Young-Plan ist ein festes internationales Programm der Weltbourgeoisie. Er bringt die objektive Abhängigkeit des deutschen Kapitalismus vom Weltkapitalismus, besonders vom amerikanischen Kapital, mit sich. Die riesenhaften Beteiligungen des amerikanischen Kapitals an deutschen Industriekonzernen, die Monopolbildungen, wie im Zündholzverkauf, sind Symptome der Ueberfremdung.

Wir müssen die Klassenfrage stellen: Wer muß die Summen, die der Young-Plan von Deutschland fordert, zahlen? Wir antworten: Das Proletariat und alle werktätigen Volksschichten. Das ist der unumgängliche Klassensinn des Young-Planes. Genosse Thälmann analysierte eingehend die ökonomischen Auswirkungen des Planes und erläuterte den internationalen Hintergrund der im Haag geschaffenen Neuregelung der Reparationszahlungen. Er behandelt die neuesten Tendenzen der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung, die Depressionsfaktoren in der amerikanischen Oekonomik. Die deutsche Bourgeoisie kann nicht billige Waren ausführen und den Kapitalexport steigern, sie kann nicht die Kapitalakkumulation fördern, ohne die rücksichtslose Ausbeutung des Proletariats durchzuführen. Darum sehen wir eine unerhörte Verschärfung des sozialen Kampfes, eine neue Generaloffensive des Unternehmertums, eine neue Phase der kapitalistischen Rationalisierung, die mit der beispiellosen Auspressung der menschlichen Arbeitskraft gleichbedeutend ist. Auf dem Kongreß der werktätigen Frauen hörten wir erschütternde Tatsachen über diese barbarischen Ausbeutungsmethoden. So entsteht ein weiterer Ausgangspunkt für Streiks und Wirtschaftskämpfe. Die Erwerbslosigkeit, die bereits im August ihren Riesenstand überschritten hat, wird in diesem Winter katastrophale Ausmaße annehmen. Das neue Steuerprogramm der Koalition bringt eine furchtbare Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft mit sich.

Revolutionäre Vernichtung des Faschismus

Gleichzeitig mit der ökonomischen, erleben wir eine politische Konzentration aller reaktionären Kräfte, aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialfaschisten auf dem Boden des Young-Planes. Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die in der Lage ist, dem deutschen Proletariat einen Ausweg aus den Fesseln des Young-Planes zu zeigen.

Die frechen Vorstöße des Faschismus, die Schwächen und der Tempoverlust, die unsere Organisation teilweise im Kampfe gegen die Nationalsozialisten und andere Terrororganisationen zeigten, verpflichten uns, den **revolutionären Kampf gegen den Faschismus** mehr in den Vordergrund zu stellen. Es ist unfruchtbar, künstlich nach einer „zentralen", allumfassenden Losung zu suchen. Unsere Aufgaben sind klar. Die Linie des **Weddinger Parteitages** und des **Plenums** muß viel entschlossener als bisher durchgeführt werden.

Es beginnt ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen Sozialfaschismus und Faschismus um die Gunst des Großkapitals in der Niederknüppelung des Proletariats. Der **Nationalsozialismus** liefert die bewaffneten Stoßtrupps, der **Sozialfaschismus** setzt den bürgerlichen Staatsapparat ein. Wir müssen die demagogischen Manöver der Faschisten, ihre nationale Demagogie vom „Kampf gegen den Young-Plan und gegen die ausländische Knechtschaft" entlarven. Es gilt, ihnen neue Argumente entgegenzuhalten, sie mit unserer **offensiven Klassenpolitik** zu schlagen. Wir müssen sie erbarmungslos diskreditieren, angreifen, **bis zur Zerschmetterung bekämpfen.** Dann werden wir ihnen jene Arbeiterelemente entreißen die heute durch ihre Phrasen verwirrt, noch mit ihnen gehen.

Der Kampf gegen den Faschismus ist ein Massenproblem, und den Terror der Nationalsozialisten müssen wir durch die **revolutionäre Gewaltanwendung der Massen** niederschlagen. Wir stehen im Angriff, in der Offensive gegen den Faschismus. **Wir müssen ihn unter Anwendung aller, auch der äußersten Kampfmethoden, niederwerfen und ausrotten.**

Die Gärung in den Massen ist heute viel stärker, als große Teile der Partei es spüren. Wenn wir diese Mängel, diesen Tempoverlust nicht ausmerzen, werden wir nicht die Vorhut, sondern die Nachhut des revolutionären Massenkampfes und der Linksbewegung sein.

Der Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition

Wir müssen unbedingt die Tätigkeit unter den Millionenmassen in den Gewerkschaften verstärken, und gleichzeitig die Unorganisierten überall aufrütteln und durch revolutionäre Kampforgane erfassen. Der bevorstehende **Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition** wird zeigen, daß wir imstande sind, der wachsenden Linksbewegung eine organisatorische Basis zu geben. Wer in begreiflicher Entrüstung über den sozialfaschistischen Kurs der Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften verläßt, schwächt unsere revolutionäre Front. Neue Gewerkschaften können nur entstehen, wenn wirklich große, riesenhafte Massenkämpfe stattfinden. Wir halten fest am Worte des Genossen Stalin, daß in Deutschland eine Entwicklung wie in Amerika, die Bildung neuer Gewerkschaften kommen kann. Nicht einen Moment lassen wir diese Perspektive aus den Augen. Und gerade deshalb gilt es, die Weiterarbeit in den Gewerkschaften, in den reformistischen Massenorganisationen auf das Höchstmaß zu steigern und die **revolutionäre Front gegen die sozialfaschistischen Spalter** zu verbreitern. Wer das nicht begreift, kann keine Massenarbeit führen.

Wir müssen eine schroffe Wendung in unserer Massenarbeit durchführen. Wir müssen die Gewerkschaftswahlen im Januar mit äußerster Schärfe beeinflussen. Unsere neue revolutionäre Taktik bleibt richtunggebend bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Die sorgfältige Auslese aller Kandidaten zu den Wahlen unter dem Gesichtspunkt ihrer revolutionären Zuverlässigkeit ist notwendig.

„Populärer, praktischer, schneller!" —

Wir führen unsere richtige bolschewistische Politik nicht populär genug, nicht praktisch genug, nicht schnell genug durch. Sonst hätten wir in dieser günstigen Situation noch viel größere Erfolge. Zehntausende von parteilosen Kommunisten stehen vor den Toren der Partei. Das zeigt der heroische Kampf der Rohrleger. Das zeigen die glänzenden Demonstrationen in der letzten Zeit in Berlin und im Reich. **Wir müssen diese Tausende und Zehntausende von Parteilosen, die zu uns wollen, in der allernächsten Zeit in der Partei organisieren.** Ohne Tempoverlust heran an die Arbeit! Kühnere und schnellere Neuauffrischung unserer Parteikaders! Diese Frage können wir nicht drastisch genug stellen. Wer kein Vertrauen zum Sieg der eigenen Partei hat, wer nicht mit innerer Ueberzeugung der Parteiführung folgt, wer nicht mit wahrhafter Leidenschaft die schmutzigen Verleumdungen der Feinde bekämpft, der ist außerstande, die Ideen des Kommunismus in die parteilosen Massen zu tragen. Der Feind wird in Zeiten des imperialistischen Krieges, des Bürgerkrieges noch viel schlimmere Gerüchte ausstreuen. Die kommunistischen Arbeiter antworten darauf mit Hohnlachen und verzehnfachter Offensivkraft.

Alle revolutionären Arbeiter in die Partei!

Wir haben neue Möglichkeiten, die Partei aufzufrischen, neue revolutionäre Elemente, besonders die **Arbeiterinnen und die Jugend,** hineinzureißen. Ueber 80 Prozent Parteilose sind schon in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung erfaßt. Wir müssen ein neues Arbeitssystem herausbilden. Wir haben nur die ersten Schritte getan. Wir reinigen unsere Kaders von den angekränkelten und verkalkten Elementen, die mit der Bewegung nicht mehr mitkönnen. Große Aufgaben stehen vor uns. Wir kämpfen unter der Fahne der **proletarischen Diktatur.** Der **sozialistische Aufbau in der Sowjetunion,** die grandiose Durchführung des **Fünfjahresplanes** sind machtvolle Waffen des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland, wenn wir verstehen, die Begeisterung der Massen dafür zu wecken.

Es ist höchste Zeit, der Partei einen **starken Ruck nach vorwärts** zu geben. Der Sozialfaschismus und **die faschistische Reaktion drohen** unserer Partei mit der **Illegalität.** Die Illegalität steht auf der Tagesordnung. Wir müssen uns darauf vorbereiten und gleichzeitig alle legalen Möglichkeiten bis zur letzten Grenze ausnutzen. Unsere ganze Strategie, alle unsere Aufgaben sind eingestellt auf den **Sieg der proletarischen Revolution.**

Nach den Ausführungen des Genossen Thälmann, die vom Zentralkomitee mit gespannter Aufmerksamkeit und tiefem Ernst angehört wurden, nahm eine große Anzahl von Mitgliedern des ZK. aus den verschiedensten Organisationen der Partei das Wort. Die Diskussion trug einen ausgesprochen praktischen, auf die **Durchführung der positiven Parteiaufgaben,** auf die Probleme der Massengewinnung, der Herausbildung und Verbreitung neuer Kampfmethoden gerichteten Charakter. Eine Reihe kritischer Beiträge und wertvoller Vorschläge zur Verbesserung unserer Arbeit wurde gemacht, die in der künftigen Tätigkeit der Partei ihren Niederschlag finden werden.

Fünfjahrplan und internationale Revolution

Zur Frage des Fünfjahresplanes wurde ein ausführliches Referat des Genossen Neumann über die epochemachenden Erfolge des sozialistischen Aufbaues und ihre weittragende politische Bedeutung für das internationale Proletariat entgegengenommen. In der Diskussion wurden von mehreren Rednern darunter einer **Vertreterin der RP. der Sowjetunion** und anderen Genossen, die vor kurzem aus der Sowjetunion zurückkehrten, weitere **Beispiele für das stürmische Tempo des sozialistischen Aufbaues,** die hinreißende Massenaktivität und die **schöpferische Initiative des siegreichen Proletariats** zitiert. In der Aussprache kam das ungeheure Interesse zum Ausdruck, das die besten Teile der deutschen Arbeiterschaft, bis weit hinein in die Reihe der Parteilosen und teilweise sogar der sozialdemokratischen Arbeiter dem sozialistischen Aufbau entgegenbringen.

Genosse Remmele wies in seinem Bericht über die internationale Lage mit besonderem Nachdruck auf die bedrohliche Zuspitzung der Ereignisse in Oesterreich hin. Wir müssen damit rechnen, daß in **der allernächsten Zeit entscheidende Kämpfe zwischen dem österreichischen Proletariat und den faschistischen Heimwehren** ausgefochten werden. Die österreichischen Genossen müssen die Forderung der Bildung von **Arbeiterräten** auf die Tagesordnung stellen, den **bewaffneten Kampf gegen den Faschismus** organisieren, d. h. unmittelbar, nicht nur theoretisch oder propagandistisch, sondern **praktisch und organisatorisch das Problem der proletarischen Diktatur aufrollen.** In dieser verantwortlichen Stunde wird die österreichische Kommunistische Partei, trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche, beweisen, daß sie die Arbeitermassen dem Einfluß des verräterischen Sozialfaschismus entreißt. Die Kämpfe in Oesterreich werden von folgenschwerer Bedeutung auch für die **deutsche Partei** sein.

Genosse Remmele behandelte dann die **grausamen Verfolgungen der jugoslawischen Kommunisten** durch die weiße Terrorregierung. Er berichtet über den Araberaufstand in Palästina und die Schwankungen der palästinensischen Kommunisten. In seinen weiteren Ausführungen behandelte er die Probleme der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Tschechoslowakei sowie eine Reihe anderer Fragen der internationalen revolutionären Bewegung. In der Diskussion sprachen außer den Mitgliedern unseres Zentralkomitees die **Vertreter der kommunistischen Bruderparteien aus Oesterreich, Frankreich und Polen,** die an den Arbeiten des ZK. der KPD. aktiv teilnahmen.

*

Das Oktoberplenum des ZK. bildet den Auftakt für eine umfassende Reorganisation unserer Parteiarbeit, für den **Uebergang zur kühneren, breiteren, entschiedeneren Entfaltung unserer revolutionären Tätigkeit.** Höchste Anspannung der Kräfte, höchste Anspannung des Tempos, Generalappell an die Arbeitermassen — das sind die brennenden Forderungen der gegenwärtigen Situation, für deren Erfüllung sich jeder Kommunist einsetzen muß.

Ausschluß der Spalter aus der Kommunistischen Partei Schwedens

Stockholm, 28. Oktober. Das Politische Büro der Kommunistischen Partei Schwedens hat beschlossen, Flyg Kilbon, Samuelsson, Einar Olsson, Johansson, Malmros, Arvid Olsson, Sponberg, Adamsson, Redakteur des Parteiblattes in Götsburg, und Landen, Redakteur des Sundsvaller Blattes „Norlands Kurieren", aus der Partei auszuschließen. Der Ausschluß ist wegen Weiterführung der verleumderischen Kampagne gegen die Partei und gegen die Komintern sowie wegen der Weigerung, die Parlamentsmandate niederzulegen, erfolgt. Diese Personen haben erwiesen, stellt das Politbüro fest, daß sie die Schaffung einer linken sozialfaschistischen Partei anstreben.

Die Werktätigen in Thüringen klagen an und fordern!

Der Landeskongreß der Werktätigen von Thüringen, der am Sonntag in Gotha stattfand, war ein gewaltiger Kampfaufmarsch. Er war beschickt von 327 gewählten Delegierten aus den Betrieben, Gewerkschaften, proletarischen Massenorganisationen, der Erwerbslosen, Heimarbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern. Nicht nur viele Gäste nahmen daran teil, sondern die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft fühlte sich mit ihm verbunden. Nach aufrüttelnden Referaten sprachen nicht weniger als 23 Arbeiter in der Diskussion. Ihre Reden klangen aus in dem Gelöbnis: Jetzt ist es Schluß mit unserem Elend, jetzt gilt es, die Front zum Kampfe zu formieren. Eine gewaltige Begeisterung löste aus, als eine Vertreterin des siegreichen russischen Proletariats, die Moskauer Buchdruckereiarbeiterin Genossin Andejewa, den Kongreß begrüßte. Ein weiterer Höhepunkt der Tagung war der Einmarsch einer Gruppe des RFB. in voller Uniform, kräftig begrüßt mit „Rot Front".

Der Kongreß nahm einstimmig eine Reihe Entschließungen an, in denen die Forderungen der Thüringer Arbeiter formuliert wurden.

Breslau

Tragödie der Wohnungsnot

Kürzlich erschoß sich der Kaufmann Hermann Gollbersuch in seiner Wohnung Fiedlerstraße 18, weil er keine Wohnung bekommen konnte. Seine Frau, die mit ihm hatte sterben wollen, nahm damals Veronaltabletten zu sich. Sie wurde gerettet. Im Krankenhause suchte sie wiederholt aus dem Fenster zu springen, so daß sie in der Nervenheilanstalt in der Einbaumstraße untergebracht wurde. Hier zerschnitt sie das Hemd und suchte sich daran zu erhängen. Abermals wurde sie gerettet. Seit vierzehn Tagen lebte sie nun wieder in ihrer Wohnung, fiel aber durch ihr scheues Wesen auf. In der Nacht zum Dienstag schrieb sie Abschiedsbriefe und öffnete dann sämtliche Gashähne. Am anderen Morgen ließ man die Wohnung aufbrechen und fand die unglückselige Frau bewußtlos auf. Im Krankenhaus gelang es jedoch, sie ins Leben zurückzurufen.

„Mocca-Louis" geht vor das Reichsgericht

Der Bäcker Hermann Pohl, der vom hiesigen Schwurgericht wegen Ermordung der Prostituierten Scholz zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, obwohl er seine Schuld mit großer Entschiedenheit bestritt, hat bei dem Reichsgericht Revision eingelegt.

Wieder ein internationaler Taschendieb verhaftet

Gestern gegen 22 Uhr wurde an der Garten-Ecke Claassenstraße ein junger Mann beobachtet, als er beim Einsteigen in den Kraftomnibus einer Frau die Handtasche öffnete und hineinlangte. Von Fahrgästen wurde seine Festnahme veranlaßt, jedoch war die Geldbörse bereits verschwunden. Der Täter wurde als der 23 Jahre alte internationale Taschendieb Walter Kriegler erkannt. Er ist bereits mehrmals wegen Taschendiebstahls vorbestraft.

Baugewerksbund vor Gericht

Mu. Gestern sollte vor dem Arbeitsgericht der Prozeß des früheren Baugewerksbundsangestellten Habel gegen den Baugewerksbund stattfinden. Habel ist fristlos entlassen worden und stellt deshalb eine Gehaltsforderung von 1900 Mark. Der Kläger war nicht persönlich erschienen, sondern hatte einen Vertreter entsandt, der indessen vom Gericht abgelehnt wurde. Unter dem Gelächter der zahlreich als Zuhörer erschienenen Bauarbeiter beantragte der Vertreter des Baugewerksbundes Versäumnisurteil auf Abweisung der Klage. Das Gericht erkannte demgemäß. — Herr Meise und sein Stab mußten sich während der Beratungspause von den Zuhörern allerlei derbe Wahrheiten anhören. Aber Meises robuste Gesundheit dürfte dadurch nicht ernsthaft erschüttert worden sein.

Um so verwunderlicher ist es, daß die für heute angesetzte Privatbeleidigungsklage Meises gegen den sozialdemokratischen Bauarbeiter Kollender plötzlich verschoben worden ist, weil Herr Meise sich „krank" fühlte. Angst ist schließlich auch eine Krankheit; vor den Wahlen wird ja wohl Herr Meise nicht mehr „gesund" werden.

Verkehrsfragen der Siedlung Tschansch

Dieser Tage fand in Tschansch eine öffentliche Versammlung der Mieter der neuen Siedlung und der Einwohner von Groß- und Klein-Tschansch statt, welche zu den katastrophalen Verkehrsverhältnissen Stellung nahm. Durch die Fertigstellung der Siedlung sind nahezu 3000 Menschen nach Tschansch gezogen, für welche die vorhandenen Verkehrsmittel vollkommen ungenügend sind. In der Versammlung kam zur Sprache, daß es unmöglich ist, daß der Autobus in Abständen von 20—30 Minuten verkehrt. Durch die Einstellung des Autobusverkehrs nach 11 Uhr abends ist es den Bewohnern der Siedlung unmöglich, Besuche in der Siedlung zu machen oder Besuche zu empfangen, wenn man nicht einen Fußmarsch durch die schlechtbeleuchtete Karl-Marx- und Ofener Straße, von oder bis zur Endhaltestelle, riskieren will. Dadurch, daß der Autobusverkehr erst morgens um ½7 Uhr einsetzt, sind die berufstätigen Mieter der Siedlung gezwungen, mindestens eine halbe Stunde auf den Weg zur Arbeitsstelle mehr zu verwenden. (Unterdessen liegt der Stadtverordnetenversammlung bereits ein Antrag vor, der die Beseitigung der aufgezählten Mißstände verlangt, und den wir vor einigen Tagen schon veröffentlicht haben.)

Heute und in den nächsten Tagen

muß jeder Funktionär Eintrittskarten für die am 8. November im „Schießwerder" stattfindende Revolutionsfeier vertreiben. Ein guter Vorverkauf ist die beste Vorbereitung für eine Massenbeteiligung.

Platzkonzert im Westen

Morgen Freitag 19 Uhr Platzkonzert am Striegauer Platz, ausgeführt vom Arbeiter-Musikverein „Fortschritt". Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint zahlreich.

Oeffentliche Jungarbeiterversammlung Ohlauer Tor

Donnerstag 20 Uhr im Lokal Zoudlick, Königgrätzer Straße 10, große öffentliche Jugendversammlung aller Jungarbeiter des Ohlauer Tors. Erscheint zahlreich.

Alle Angestellten und Angehörigen der freien Berufe

die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, finden sich zu einer wichtigen Besprechung am Donnerstag, 19,30 Uhr, im Sekretariat, Feldstraße 50, ein.

Der Landwirtschaftliche Maschinenmarkt, der in diesem Jahre ausfiel, soll im nächsten Jahre wieder stattfinden.

Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn für den Monat November werden in den bekannten Verkaufsstellen und zu den üblichen Tageszeiten verkauft.

Straßensperrung. Wegen endgültiger Befestigung wird die Kantstraße zwischen Menzel- und Cretiusstraße bis 9. November für Fahrzeuge aller Art ganzseitig gesperrt. Die Umleitung des Verkehrs erfolgt nach Maßgabe der aufgestellten Umleitungsschilder.

Der ab 1. November 1929 gültige Fahrplan der städtischen Straßenbahn ist in Taschenformat erschienen und in sämtlichen Markenverkaufsstellen der städtischen Straßenbahn, dem Verkehrsbüro Gebr. Barasch, Ring, und der Geschäftsstelle der Hamburg-Amerika-Linie, Gartenstraße, zum Preise von 15 Pfennig erhältlich. An Wiederverkäufer wird der Taschenfahrplan in der Zahlstelle der städtischen Straßenbahn, hier, Elisabethstraße 3/4, abgegeben.

Eine Pressestelle der Universität. Uns wird geschrieben: Rektor und Senat der Universität haben die Errichtung einer Pressestelle beschlossen. Ihre Aufgabe wird die Regelung der Beziehungen zwischen Universität und Presse sein. Sie soll der Presse Informationen geben, die Berichterstattung über öffentliche Veranstaltungen der Universität erleichtern, die Stellungnahme der Presse zu der Universität sowie zu Hochschulfragen überhaupt verfolgen und, soweit es gewünscht wird, mit Material versorgen. Die Leitung der Pressestelle ist Dr. Peter Rassow übertragen worden.

Unsere Partei im Wahlkampf

Wählerversammlung im Ohlauertor

In der gestern im großen Saale der „Wratislawia" stattgefundenen öffentlichen Versammlung sprach der Genosse Kellermann-Berlin über „Arbeiterschaft und Kommunalwahlen". Nachdem er die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zu den Wahlen und den Parlamenten erläutert hatte, ging er dazu über, die Politik der kapitalistischen deutschen Republik, der bürgerlichen Parteien und ihrer Helfershelfer, der Sozialfaschisten, näher zu beleuchten. Die Sammellinie der deutschen Bourgeoisie, unter tatkräftigster Mithilfe der SPD., ist heute: Senkung der Besitzsteuern, Erhöhung der Massensteuern, Abbau der Sozialausgaben. Damit Hand in Hand geht eine ungeheure Verelendung der Arbeiterschaft durch Herabdrückung der Löhne, Steigerung der Lebensmittelpreise (Zollwucher) und Erhöhung der Mieten. Wie anders, vor allem auch auf kommunalem Gebiet, sind dagegen die Verhältnisse in Sowjetrußland, wo für die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft, für den Aufbau des Sozialismus alles getan wird. Wer gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung Sowjetrußlands kämpfen will, wer damit gleichzeitig den Kampf für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, den Kampf für die Beseitigung des kapitalistischen Systems und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur auch in Deutschland aufnehmen will, der organisiert sich in den Reihen der einzigen revolutionären Partei, und wählt am 17. November die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Ausführungen des Genossen Kellermann fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung, die mit dem Gesang der „Internationale" ihren Abschluß fand.

Neuaufnahmen im Westen

Die Versammlung für Breslau-West fand in den „Gambrinus"-Sälen, Lange Gasse, statt. Sie war von zahlreichen mit der Kommunistischen Partei sympathisierenden Arbeitern und Jungarbeitern besucht. Genosse Dombrowski hielt ein einleitendes Referat, in dem er die grundsätzliche Stellung der Kommunistischen Partei zum Staat und zur Kommune umriß und die Zusammenhänge zwischen Reichspolitik und Gemeindepolitik aufzeigte. An Hand eines reichen Materials bewies er, daß die Tätigkeit der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen auch in der Kommune auf die Stärkung des kapitalistischen Machtapparates, auf die Ausplünderung der arbeitenden Massen hinauslaufe. Besonders die Tätigkeit der „linken" Sozialdemokratie der Breslauer Kommune und die Politik der SPD. im Provinziallandtag wurde von ihm so beleuchtet, daß jeder Arbeiter begriff, daß er am 17. November nur der Liste der Kommunistischen Partei seine Stimme geben kann. Zum Schluß hob Genosse Dombrowski klar hervor, daß die Schaffung der roten Kommune über den Weg der proletarischen Diktatur geht. In der Diskussion ergänzten mehrere Genossen sowie ein Sympathisierender die Ausführungen des Referenten. Gegner wagten sich trotz wiederholter Aufforderungen nicht zu Wort. Im Schlußwort appellierte Genosse Dombrowski an die Anwesenden, alle Kräfte für die Stärkung der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Presse während der Werbewoche einzusetzen. Daß diese Aufforderung nicht vergeblich war, bewiesen fünf Neuaufnahmen für die Partei. Mit dem Gesang der „Internationale" und dem Spiel des Arbeiter-Musikvereins wurde die Versammlung geschlossen.

Werbedemonstration im Süden

Unter Beteiligung des Arbeiter-Musikvereins „Alt-Scheitnig" veranstalteten unsere Genossen im Süden gestern, Mittwoch, abends, eine Werbedemonstration in ihrem Stadtteil, die große Beachtung fand. Abschließend wurde im „Eisenkönig" eine Versammlung abgehalten.

Kommunistische Arbeit im Stadtparlament

Die kommunistischen Stadtverordneten haben für die heutige Sitzung des Stadtparlaments, außer den bereits mitgeteilten, noch nachstehende Anträge eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen die skandalöse Verschleppung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 25. Oktober 1928 über die Senkung der Mieten in den Siedlungswohnungen durch den Magistrat. Die Stadtverordnetenversammlung steht nach wie vor zu diesem Beschluß und verlangt, daß der Magistrat unverzüglich diesen Beschluß zur Durchführung bringt.

Die Unterzeichneten beantragen: 1. Die Zuweisung von Pflichtarbeit (Richtsatzarbeit) an die Erwerbslosen des Wohlfahrtsamtes ist einzustellen. Es ist in Zukunft nur Fürsorgearbeit zu tariflichen Löhnen anzuweisen. 2. Für die Notstandsarbeiter hat sofort eine Neuregelung der Entlöhnung einzutreten, und zwar rückwirkend ab 1. Juli 1929. Die Neuregelung soll auf Grund des Tarifvertrages für die Verwaltungsangestellten der Stadtgemeinde Breslau erfolgen, und zwar entsprechend der Vergütungsgruppe 4. Die Unterschiede zwischen, unter und über 30 Jahre sollen wegfallen.

Forderungen der Richtsatzarbeiter

„Nur die Kommunistische Partei hat die Interessen der Erwerbslosen vertreten"

Eine Versammlung der Richtsatzarbeiter, die im Oswitzer Bürgersaale stattfand, war sehr stark besucht von Arbeitern aus dem Masselwitzer Walde und von Ransern sowie von den Parkwäldern Oswitz. Vom Landeserwerbslosenausschuß war der Kollege Kiesewetter erschienen. In seinem Referat wies er auf die Gefahren der Richtsatzarbeit hin und was für die Zukunft der Magistrat der Stadt Breslau plant. Er erinnerte die Versammlung an frühere Jahre, als man auch die Pflichtarbeit eingeführt hatte, und daß es die Erwerbslosen waren, die damals geschlossen hinter dem Erwerbslosenausschuß standen, die die Pflichtarbeiten ablehnten, worauf der Magistrat gezwungen wurde, die Pflichtarbeiten einzustellen. In Köln ist man bereits dazu übergegangen, an Stelle der tariflichen Notstandsarbeiten nur noch Pflichtarbeiten verrichten zu lassen. (Starke Entrüstung.) Die Pflichtarbeiter müssen wieder dazu übergehen, dem Magistrat der Stadt Breslau die Zähne zu zeigen, daß nur tarifliche Arbeiten ausgeführt werden. Kollege Kiesewetter gab auch Bericht über die von den Erwerbslosen gefaßten Anträge, und daß dieselben bis heute noch nicht vom Magistrat zur Ausführung gekommen sind, trotzdem zwei Magistratssitzungen stattgefunden haben. Auch wies er kurz auf die Reichskonferenz der Gewerkschaftsopposition am 30. November und 1. Dezember in Berlin hin. Zum Schluß erinnerte er, daß die kommunistische Fraktion die einzige Fraktion war, die die Anträge der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter unterstützte. Die Erwerbslosen müssen deshalb am 17. November für die KPD. die Stimme abgeben.

Beim zweiten Punkt — freie Aussprache — gab es eine erregte Diskussion. Alle Redner stellten sich auf die Seite des Erwerbslosenausschusses und gaben Sympathieerklärungen für die Kommunistische Partei ab.

Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

1. **Sofortige Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 50 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, für die Ehefrau 30 Mark, für jedes Kind 20 Mark.**
2. **Bewilligung von Kohlenscheinen für alle Richtsatzarbeiter pro Monat drei Zentner, ab 1. Oktober.**
3. **Kostenlose Belieferung von Winterbekleidung einschließlich Schuhen für alle Richtsatzarbeiter.**
4. **Wiederbewilligung des Straßenbahngeldes, das jedem Richtsatzarbeiter zusteht, wenn die Entfernung mehr als zwei Kilometer beträgt.**
5. **Erhöhung der Lebensmittelscheine pro Woche auf 2 Mark und Brotscheine auf acht Pfund.**
6. **Abschaffung der Pflichtarbeit, die nur eine Lohndrückerei ist; tarifliche Bezahlung nach dem Tarif der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**
7. **Streichung der Zahlungen für Bekleidung, die von Richtsatzarbeitern entnommen worden ist.**
8. **Sofortige Bereitstellung von Waschgelegenheiten und Retiraden.**

Heute heraus! zur Massenversammlung 20 Uhr, im „Bergkeller", Kletschkaustr.

Siegfried Rädel-Dresden Mitglied d. Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages spricht über: **Arbeiterschaft, Sozialpolitik, Kommunalwahlen**

Theater

Stadt-Theater. Mazurkaoberst. Nach der kürzlichen Uraufführung von Honeggers „Judith" kam am Sonnabend wieder eine Novität heraus; letzthin galt es für einen lebenden Komponisten zu werben; diesmal wurde ein alter angeblicher Lortzing ausgegraben; unter der großen Zahl seiner Werke ist aber eine Oper dieses Namens nicht zu finden; geschickte Theaterleute haben aus einigen weniger bekannten Opern von Lortzing einzelne Stücke entnommen und mit neuen Texten versehen; daraus entstand ein Stück, das ruhig dem braven, gutbürgerlichen Lortzing angehängt werden kann; die Mazurka im dritten Akt hat allerdings der Russe Glinka beigesteuert. Die rührselige Handlung und die ebenso rührselige Musik wurden von dem zahlreichen, zum großen Teil aus Mitgliedern der Volksbühne bestehenden Publikum mit Begeisterung aufgenommen. Das ist bezeichnend für die Situation, in der sich heute die Oper als Kunstform befindet; man experimentiert und spekuliert lediglich noch auf die Instinkte des Kleinbürgertums, das durch die Zugehörigkeit zu Theaterkarten-Konsumvereinen den Spielplan der Theater bestimmt; typische Zeichen für den Verfall der bürgerlichen Kunst auch auf diesem Gebiet. Der Regisseur des Abends hatte eine glückliche Hand und sorgte für Buntheit und Leben auch auf der Szene; von den Darstellern waren die Frauen recht mäßig, während die Männer, besonders Herr Heyer und Herr Griebel, Ausgezeichnetes boten; Herr Henseleit singt schon ganz nett, als Schauspieler aber war er recht hilflos. Das gleiche gilt von Herrn Pölzer, der zudem stimmlich zu sehr forcierte; der Träger der Titelrolle, Herr Rudow, versuchte mit Glück den Mangel an Stimme durch geschicktes Spiel auszugleichen. Der Chor, der diesmal vom Regisseur auch schauspielerisch durchgearbeitet war, war wieder auf der Höhe. F.

Du sollst nicht ehebrechen.

Der Filmroman „Therese Requin"

Der fidele Bauer

Eine Filmoperette

Donnerstag und Freitag 5 und 8 Uhr

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Erwerbslose und Kleinrentner bis 5.30 Uhr nur 25 Pf
Mit Besucherkreisausweis 50 Pf., ohne 70 Pf.

Jugend verboten!

Waldenburger Bergland

Der zweite Großwerbetag

für Partei und Presse muß einen großen Erfolg bringen. Trefft die letzten Vorbereitungen. Auch der letzte Genosse muß mit!

„Schlegel und Eisen"

Ein Vertreter des „Schlegel und Eisens" wird am heutigen Donnerstag um 18 Uhr in der „Vorwärtshütte" in Nieder-Hermsdorf eine Besprechung mit einigen geladenen Genossen abhalten. Genossen, die nicht persönlich geladen sind, können an der Besprechung ebenfalls teilnehmen.

Konsum-Mitgliederversammlung in Weißstein

Am Donnerstag fand in Weißstein die Versammlung des Lagers 9 vom Konsumverein statt. Nach dem Geschäftsbericht, welchem eine kurze Aussprache folgte, wurden die Kandidaten der Vertreterwahl gewählt. Als erster Vertreter wurde Kollege Becker wieder- und als Ersatzmann Genosse Bräuer neugewählt. Der Name Bräuer ging einem SPD.-Genossen an die Nieren und gab ihm Gelegenheit, sich vor der gutbesuchten Versammlung lächerlich zu machen. Er beanstandete die Wahl (erfolglos) mit einer nichtigen Begründung. Er schien die Worte, welche SPD.-Genosse Falkenhain der Gleichberechtigung der Frau gewidmet hatte, verschlafen zu haben. Er hätte sonst den Frauen das Stimmrecht, das sie für ihre durch Schicht verhinderten Männer ausübten, nicht abgesprochen. Ist nicht die proletarische Frau die stärkste Stütze der Genossenschaften?

Beschlossen wurde noch mit „Begeisterung", ein Wintervergnügen zu veranstalten, um auch dadurch wieder neue Kreise zu erfassen für die Genossenschaftsbewegung.

Weißstein. Altennachmittage. Die Gemeindeverwaltung gibt bekannt: Um den in Weißstein wohnhaften alten Leuten in den Wintermonaten einige Zerstreuung und Erheiterung zu bieten, sind seitens der Gemeinde einige Veranstaltungen geplant. Der erste derartige Altennachmittag findet Sonntag, den 3. November, 16 Uhr, im großen Saale des Jugend- und Wohlfahrtshauses, Grüner Weg 8a, statt. Geboten werden Gesangsvorträge, Lichtbilder und Volkstänze. Alle alten Leute sind eingeladen.

Striegau

Raubmord?

Mittwoch früh fand man an der Niederstreiter Chaussee in der Nähe der sogenannten Rhoderschen Schemne führerlos das Gespann der Thielschen Brauerei auf. Der 25jährige Kutscher Karl Schmidt fehlte. Man vermutet, daß Schmidt einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Landeshut

Zwei Häuser eingeäschert

In Oberzieder fielen am Dienstag die Wohnhäuser des Webereibesitzers Heinrich und des Fabrikarbeiters Felix Gläser einem Brand zum Opfer. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten.

Jauer

Die Arbeitskollegen bestohlen!

Als der Melker Karl Uhr aus Steinau am 3. Oktober auf dem Dominium Oberhof in Hertwigswaldau entlassen wurde, öffnete er mit einem Dietrich die Stube zu den Ackerkutschern. Er stahl mehreren Arbeitskollegen größere sauer ersparte Geldbeträge, u. a. einen Betrag von 53 Mark, sowie ein Fahrrad. Mit der Beute ergriff er die Flucht, wurde aber schon am 8. Oktober festgenommen und wanderte in Untersuchungshaft. Nun stand er vor dem Liegnitzer Schöffengericht und erhielt wegen schweren Diebstahls sechs Monate Gefängnis.

Was geht auf der Davidgrube vor?

Kumpel werden bestraft — Was erhält die Grube für Strafe? — Merkwürdiger Holzverkauf auf der Davidgrube — Wer stahl den zwei Steigern das Monatsgehalt?

Der Schlepper Unger von der Davidgrube wurde vom Gericht anläßlich des Unglücksfalles Tunke zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Unger hatte bekanntlich am Stapel 5c einen Bergewagen in den Stapel gefahren, wobei von den großen Bergestücken der Schlepper Tunke erschlagen wurde. Unger war erst drei Schichten am Stapel beschäftigt und ist nicht gut genug informiert worden. Außerdem fehlte, und fehlt noch heute, der Umbruch, so daß Tunke gezwungen war, über den Korb zu laufen. Ist das vorschriftsmäßig? Warum wurde die andere Seite des Stapels erst nach dem Unfall verschlagen? Warum wurden erst nach dem bedauernswerten Unglück in den oberen Etagen elektrische Lampen angebracht und die „Hampelmänner" geändert? Die Deckel des Korbes gewähren ungenügenden Schutz, da sie nicht viel stärker als Kuchenbleche sind. Wir stellen deshalb die berechtigte Frage: Welche Strafe bezahlt die Grube, welche die alleinige Schuld an dem Tode eines Kameraden trägt, weil der Stapel 5c nicht vorschriftsmäßig war und noch nicht ist? Der Bremser hat z. B. in die Bremskammer keinen Eingang, so daß er zwischen den Wellen hindurchkriechen muß. Wann wird hier etwas geändert? —

*

Recht sonderbar geht es mit dem Holzverkauf auf dem David zu. Trotzdem viele Kumpels eingetragen sind, wird das zum Verbauen unbrauchbare Holz an den Holzhändler zurückverkauft, der dann das Meter für 12 Mark verkauft. Warum ist es nicht möglich, daß das unbrauchbare Holz an Belegschaftsmitglieder verkauft wird? Warum müssen erst wieder Händler schwer verdienen?

*

Still ist das Geschrei um die gestohlenen Monatsgehälter der zwei Steiger geworden. Sollte denn der Dieb noch nicht gefaßt sein, oder ist das Bekanntwerden für bestimmte Kreise peinlich? Manches geringe Vergehen eines Arbeiters wird ja überraschend schnell aufgeklärt, und in diesem skandalösen Falle vergehen viele Wochen. Also, wo und wer ist der Dieb? —

*

Verbaue rechtzeitig!

deine und deiner Kameraden Gesundheit hängt davon ab! Diese äußerst richtigen und wichtigen Worte trägt eine beleuchtete Warnungstafel im Hauptquerschlag der 1. Sohle auf der Davidgrube. Wie beachten nun die Grubenbeamten diese Warnung? Ungefähr hundert Meter von dieser Tafel entfernt steht schon seit über acht Tagen an der Luftleitung geschrieben: „Baue einsetzen!" Bei dem Anschreiben ist es bis jetzt geblieben, trotzdem das Hangende schlecht ist. Die gesamte Belegschaft muß diese gefährliche Stelle passieren. Nennen das die Beamten Beachtung der Sicherheitsvorschriften? Soll auch hier erst wieder ein Menschenopfer die Veranlassung zur Beseitigung der gefährlichen Stelle sein?

Spion.

Niederschlesien

Görlitz

Ein erschütternder Hilferuf

Die Arbeiter des Flugplatzes bitten uns, folgende Zeilen der Oeffentlichkeit zu unterbreiten: „Wir Arbeiter vom Flugplatz sind alle Empfänger der Wohlfahrtsunterstützung und haben monatelang, ein Lediger mit 3—6 Mark, und ein Familienvater mit 7,15 Mark, je nach Kinderzahl, wöchentlich unser Leben bestreiten müssen, bis der Magistrat beschloß, uns auf dem Flugplatz zu beschäftigen. Herr Oberbürgermeister Dr. Wiesner betonte extra, daß bei der Arbeit auf unsere monatelange kümmerliche Ernährung Rücksicht genommen werden solle. In diesem Glauben befinden sich die Görlitzer Bürger, aber nicht das Tiefbauamt und die Herren Unternehmer. Es wird von uns eine Arbeitsleistung verlangt, welche man keinem Tier zumutet. Wir geben mit unserem unterernährten Körper her, was nur irgend möglich ist. Wir Ausgehungerten müssen ununterbrochen zwei Meter hoch den schweren Lehmboden in die Loren laden. Der Ingenieur, Herr Lickert, von der Firma Dumann, leistet sich sogar das Vergnügen, uns unser Elend mit den ironisch gehaltenen Worten: „Hier ist keine Wohlfahrtsanstalt!" vorzuhalten. Wenn es doch diesem freundlichen Herrn auch einmal vergönnt wäre, die Almosen des Wohlfahrtsamtes zu erhalten. Wenn er sich in den Tränen, welche unsere armen Frauen durch das Elend schon vergossen haben, mit seiner Familie baden müßte, müßten alle bestimmt ertrinken, denn so tief würden alle im Wasser stehen. Die vielen kummervollen, schlaflosen Nächte, welche wir hinter uns haben, wollen wir ihm gar nicht dazu wünschen. Vom Tiefbauamt ist uns am 18. d. M. bekanntgegeben worden, daß, wenn wir nicht mehr leisten, die Arbeit eingestellt wird.

So, liebe Bürger von Görlitz, sieht die vom Magistrat versprochene Rücksicht in Wirklichkeit aus.

Im Auftrage sämtlicher auf dem Flugplatz beschäftigen Arbeiter
gezeichnet von den Obleuten."

Kommentar zu diesem Hilferuf überflüssig. Er würde nur seine Wirkung abschwächen.

Warnung! Die Pressestelle der Kriminalpolizei verbreitet folgende Warnung: Eine Firma Walter Heinemann in Wolfenbüttel (Bezirk Potsdam) versendet in Schlesien auf Grund von angeblich richtigen Rätsellösungen ein Schreiben und kündigt darin als Gewinn einen Tischsprechapparat aus Holz an, und ersucht um Zusendung von 6,50 Mark Zuschuß. Es wird dann nicht der angekündigte, sondern ein wertloser kleiner, für Erwachsene unbrauchbarer Apparat versandt, so daß sich die Empfänger betrogen fühlen. Um das Publikum vor unangenehmen Ueberraschungen zu schützen, wird vor der Firma gewarnt.

Lauban

In der Scheune tödlich abgestürzt. Der Landwirt Richard Zatschler stürzte in seinem Grundstück Lichtenauer Straße 9 in der Scheune vom Boden auf die Tenne ab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er im Kreiskrankenhaus starb.

Selbstmord hat der 25jährige Arbeiter Krabel in Bartelsdorf verübt.

Goldberg

Eine Familientragödie vor Gericht

Eine Familientragödie, die den verhängnisvollen Einfluß des Alkohols kraß illustriert, entrollte eine Verhandlung vor dem Liegnitzer Schöffengericht. Auf der Anklagebank saß der 52jährige Bahnarbeiter Paul Winkler aus Leisersdorf unter der Beschuldigung grausamster Mißhandlung seiner Angehörigen und der Bedrohung mit Totschlag. Er hatte im Jahre 1898 seine jetzt in Scheidung lebende Frau Pauline kennengelernt und geheiratet. Da er Trinker war, wurde die Ehe für die Frau eine Hölle. Sie und ihre Kinder hatten nichts zu essen und mußten Mißhandlungen erdulden. So floh die Frau schließlich wieder zu ihren Eltern. Ihr Mann mißhandelte die Eltern und zwang die Frau zur Rückkehr. Er versprach Besserung, doch es wurde immer schlimmer mit dem Trinken. Am 1. Juni d. J. kam er wieder einmal völlig betrunken nach Hause. Er brachte noch eine Pulle mit zwei Litern Schnaps mit und nahm sie ins Bett. Während der Nacht trank er sie aus. Sonntag früh fing er an zu toben, geriet in Streit mit seinem 14jährigen Jungen und schlug ihn schließlich mit einem Besenstiel nieder. Das Kind fiel von dem Schlage, der ins Gesicht ging, mit zertrümmertem Nasenbein wie tot zu Boden. Das Blut lief in der Stube herum. Als die entsetzte Mutter Hilfe holte, war die Tür verschlossen. Der Wüterich hatte eine Axt zur Hand genommen und bedrohte alle: „Wenn ihr reinkommt, schlage ich euch mit der Axt die Köpfe auseinander!" Wenige Tage darauf warf er das Essen vom Tisch und trat die Frau mit dem Stiefel in den Leib. Schließlich tobte er im Juli so, daß die Nachbarschaft aufgeschreckt wurde. Wieder stieß er wilde Drohungen aus. Als ihm die Frau einmal die Schnapsflasche vorenthielt, äußerte er, er würde ihr das Dach über dem Kopf anzünden. Das Gericht erkannte wegen der Körperverletzungen mit gefährlichem Werkzeug und der Bedrohungen auf vier Monate Gefängnis, und wegen des ruhestörenden Lärms auf zwei Wochen Haft. Hierbei wurde berücksichtigt, daß er im Banne des Alkohols stand und selbst so zermürbt war, daß er sich einmal erhängen wollte.

Bunzlau

Todessturz mit dem Fahrrad

In Großhartmannsdorf fuhr der 15jährige Lehrling Hilger in schneller Fahrt auf seinem Fahrrad freihändig die Dorfstraße entlang. Hierbei stürzte er über einen Stein und erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er im Kreiskrankenhaus verstarb.

Eine Steuerkasse geplündert. Nachts wurde beim Ortssteuererheber Merkel in Alt-Jäschwitz eingebrochen. Der Dieb erbeutete aus dem verschlossenen Schreibtisch etwa 60 Mark Gemeindesteuern.

Liegnitz

Schwerer Zusammenstoß. An der Kreuzung Carthausstraße—Steinweg stieß ein Motorrad mit einem Kraftwagen zusammen. Der Motorradfahrer blieb besinnungslos schwerverletzt liegen.

Mittelschlesien

Alle Oelser revolutionären Arbeiter

sind Sonnabend 19½ Uhr im „Kurfürsten". Parteigenossen bringen Sympathisierende zur Versammlung mit. Die letzten Wochen vor der Wahl muß sich jeder klassenbewußte Arbeiter der Partei zur Verfügung stellen. — Bis Freitag abend alles beim Genossen Siossel die verkauften Wahlfondsmarken abrechnen, die Partei braucht Geld!

Strehlen. Was ist Esperanto? Uns wird geschrieben: Esperanto ist die Welthilfssprache, die jeder außer seiner Muttersprache beherrschen müßte. Mancher wird vielleicht sagen, Esperanto wäre keine Verständigungssprache. Daß sie aber ein gutes Verständigungsmittel ist, beweist die Esperanto-Ausstellung im Sporthaus am Marienberg. Hunderte von Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Reklamen, Reise- und Städteführern, Briefen und Karten aus mehr als 20 Ländern zeigten, wie die Esperantisten harmonisch zusammenarbeiten. Anerkannt ist Esperanto vom Weltverband der Blinden, u. a. auch von der Roten Sportinternationale, Freidenkerkorporationen, der Gewerkschaftsinternationale, von Buchdruckerkorporationen u. a. m. Auch in Strehlen besteht bereits eine Esperanto-Gruppe; dieselbe veranstaltet diesen Herbst wieder einen Anfängerkursus, der am 30. Oktober, 20 Uhr, in der städtischen evangelischen Schule beginnt. Teilnehmergebühr einschließlich Lehrbuch beträgt 5 Mark. Kursisten können sich melden beim ersten Vorsitzenden K. Ewald, Ohlauer Straße 18.

— Künstler-Pech. Die SPD. verteilt seit längerer Zeit ihr „Betriebs-Echo" im städtischen Steinbruch. Der Bruchmeisteranwärter Kirsch hat seit kurzer Zeit einen solchen „Posten" als „Echo"-Verteiler inne. Um sich die Mühe zu ersparen, diese Witzblätter mit heimzunehmen, ließ er sie an seiner Arbeitsstelle, natürlich gut verwahrt, liegen, um sie am andern Tage an die Proleten zu verteilen. Morgens mußte er die erschütternde Tatsache feststellen, daß sie verschwunden waren. Er berief sofort einen Kriegsrat zusammen. Dieser beschloß, einen tüchtigen Kriminalbeamten in der Gestalt des Reichsannermannes Kipry zu entsenden, um nach dem verschwundenen „Echo" zu suchen. Kipry bannerte in der Frühstückspause die ihm verdächtig erscheinenden Arbeitsplätze durch, ließ dabei keinen Stein auf dem anderen, aber kein „Echo" hallte ihm entgegen. Ein SPD.-Arbeiter erklärte: „Der sie verschwinden ließ, ist aufgeweckter gewesen als der, welcher sie über Nacht liegen ließ." Im übrigen unser herzlichstes Beileid.

Ohlau. Ein fünfjähriges Mädchen als Brandstifterin. In Haltauf brach in der Scheune der Witwe Bunzek Feuer aus, das rasch um sich griff. Die Scheune wurde mit den gesamten Erntevorräten, Geräten und Maschinen ein Raub der Flammen. Mitverbrannt sind außerdem elf Schweine. Das Feuer wurde beim Spielen durch ein fünfjähriges Mädchen verursacht.

Brieg. Raubüberfall. Am Dienstag wurde auf dem Stadtforstwege von Groß-Leubusch der beim Fleischermeister Riegel beschäftigte Fleischerlehrling Symossek angefallen und beraubt. Er wurde von einem etwa 30 Jahre alten Manne mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, seine neue grüne Joppe auszuziehen und ihm diese nebst der Geldtasche mit 296 Mark zu übergeben. Der Täter ist entkommen.

Brieg. Ein Kind tödlich verunglückt. In Zindel stürzte ein Kind in einen mit kochendem Wasser gefüllten Behälter. Es erlitt fürchterliche Verbrühungen und verstarb nach kurzer Zeit unter entsetzlichen Qualen.

Neumarkt. Im Tonschacht abgestürzt. Der Arbeiter Hantke aus Peicherwitz stürzte beim Bohren von Sprenglöchern im Münsterländer Tonschacht mit einem größeren Tonblock, der sich plötzlich löste, in die Grube ab. Er wurde mit sehr schweren Verletzungen am ganzen Körper ins Krankenhaus überführt.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

— Stadtteil Ost. Freitag 19 Uhr bei Zoublick Funktionärsitzung von sämtlichen Organisationen. Funktionäre müssen der Partei angehören. Erwerbslosenversammlung bei Zoublick fällt aus, dafür Jugendversammlung.

Strehlen. Donnerstag 19.30 Uhr bei Wende kombinierte Versammlung der Partei, Jugend und Roten Hilfe. Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— Gruppe Süd. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Eisenkönig", Holteistraße. Erscheinen Pflicht!

— Die Orgleiter der Breslauer Gruppen kommen Donnerstag 19 Uhr zu einer kurzen Besprechung auf die Feldstraße 50.

— Alle Jugendgenossen, die Angestellte sind, kommen Donnerstag um 19.30 Uhr ins Parteisekretariat, Feldstraße 50.

— Alle erwerbslosen Jugendgenossen treffen sich Freitag 17 Uhr bei Melzig, Uferstraße 43. — Alle Berufsschüler im selben Lokal um 19 Uhr. — Alle Jugendgenossen, die Metallarbeiter sind, kommen im selben Lokal um 19.30 Uhr zusammen.

Freiburg. Freitag 19 Uhr im neuen Jugendheim Versammlung. Mitgliedsbücher der Gewerkschaft, Sport- und Kulturorganisationen sind mitzubringen.

Jung-Spartakus-Bund.

Breslau

— Gruppe Nord. Donnerstag 17 Uhr Gruppenabend in der „Stadt Namslau", Matthiasstraße 212.

Antifaschistische Arbeiterwehren

Breslau

— West. Freitag 18.30 Uhr trifft sich alles im „Anglerheim".

Sonstige Organisationen

Breslau

— Gruppe sozialistischer Schüler. Donnerstag 20 Uhr Margaretenschule, Tauentzienstraße 82/84, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft zur Besprechung des kommunistischen Manifestes. Beginn der Erledigung von Gruppenangelegenheiten 19.30 Uhr.

— Internationaler Bund der Kriegsopfer vp. Freitag Mitgliederversammlung, Ursulinerstraße 21. Gäste willkommen.

Hirschberg. Verein der Freidenker. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung in der „Alten Hoffnung". Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

Freiburg. Rote Hilfe. Freitag 19 Uhr im „Grünen Baum" wichtige Versammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß erscheinen.

Oberschlesien

Polizeisozialist Beck als Präsident abgesägt

Private (!) Gründe — Der Korruptionsskandal beim Gleiwitzer Polizeipräsidium — Beck mußte gehen — Auf Wartegeld gesetzt — Wer wird Nachfolger?

Wie wir gestern schon im politischen Teil mitteilten, ist ein Schlächter des oberschlesischen Proletariats wieder einmal gegangen worden. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Beck aus Gleiwitz wurde plötzlich entlassen. Obwohl Beck bis Dienstag nachmittag noch im Dienst war, stand es schon am Sonnabend fest, daß Beck geht.

Für die Absägung Becks werden private Gründe angegeben. Das klingt doch sehr sonderbar. Wir kennen den Polizeipräsidenten Beck zu genau, um darauf hereinzufallen. Es ist kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß Beck auf sehr großem Fuße lebte und der Gerichtsvollzieher eine ihm bekannte Persönlichkeit war. Sein hohes Dienstgehalt, das ihm der Staat aus den Steuergroschen der Werktätigen gezahlt hat, war ihm also noch zu wenig. Sein Wartegeld, auf das er sonderbarerweise jetzt gesetzt wurde, wird doch ein wenig niedriger sein als sein Gehalt. Kann Herr Beck und sein Ministergenosse privatim einen Gefallen gehabt haben, die Lebenslage Becks zu verschlechtern? Die Arbeiterschaft wird das nie glauben können.

Wir befürchten, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident von Gleiwitz evtl. auf Grund des in den letzten Tagen herausgekommenen Korruptionsskandals beim Polizeipräsidium abgesägt worden ist. Beck wurde doch auf Grund dieser Vorkommnisse am Montag zu einer höheren Stelle beordert. Diese höhere Stelle fühlte Herrn Beck auf den Zahn und setzte ihm Knall und Fall ab. Also, das sieht doch nicht so privatim aus. Beck selbst konnte nicht mehr von seinem Ministergenossen gehalten werden und ist gegangen worden. Natürlich wird nicht nur der Korruptionsskandal allein im Polizeipräsidium eine Rolle spielen.

Beck hat sich in den sieben Jahren seiner Tätigkeit als Polizeipräsident blutig in das Buch der oberschlesischen Arbeiter eingeschrieben. Die Arbeiterschaft wird aus dem Jahre 1924, wo Beck ein Blutbad unter den Arbeitern anrichtete, ihm und der Sozialdemokratie die Wunden immer wieder aufzeigen. Diese Wunden, die der Sozialfaschist Beck dem oberschlesischen Proletariat schlug, werden nur durch die proletarische Revolution ausgemerzt werden. Aber auch weiterhin hat es Beck verstanden, im Auftrage der Bourgeoisie die Arbeiterschaft immer niederzuknüppeln. Heute bei seinem Scheiden sagt es offen durch den Mund ihrer Presse die Bourgeoisie: „Beck hat stets seinen Mann gestanden, wir können nicht über ihn klagen, er wird uns unvergeßlich sein!" Der Arbeiterschaft ist Beck, der Sozialfaschist, auch unvergeßlich. Hunderte von Proleten haben die Gummiknüppel, die Tritte von Becks Kosaken auf ihren ausgemergelten Körpern gespürt. Hunderte revolutionärer Arbeiter sind durch Beck den Krallen der Klassenjustiz vorgeworfen und zu harten Strafen verurteilt worden.

Die Arbeiterschaft empfindet es zwar wie eine Erlösung, daß Beck endlich von der Bildoberfläche verschwindet. An seine Stelle kommt jedoch für das gleiche System ein anderer. Doch auch von Becks Nachfolgern wird sich einmal die Arbeiterschaft erlösen. Das aber wird nicht das Werk eines sozialdemokratischen Ministers sein, sondern das Werk der Arbeiter selbst.

Als Becks Nachfolger wird bis jetzt noch kein Name genannt. Vorläufig ist ein Regierungsvertreter mit der kommissarischen Leitung des Polizeipräsidiums betraut. Die Bestrebungen über die weitere Besetzung des Gleiwitzer Polizeipräsidentenpostens gehen aber dahin, wieder einen Sozialfaschisten unterzubringen.

Unterschlagungen bei der städtischen Häuserverwaltung Gleiwitz

Nachdem wir schon in der vorigen Woche Unterschlagungen usw. in der zentrumlich regierten Stadt Gleiwitz andeuteten, wollen wir heute mit der Artikelserie beginnen. Trotz krampfhaftem Schweigen des Magistrats war es uns möglich, Licht in das Dunkel der Sauwirtschaft bei der Stadt zu bringen. Jeden Tag werden wir einen Fall behandeln. Der erste Fall liegt allerdings schon einige Zeit zurück, doch wird er der breiten Oeffentlichkeit noch sehr neu sein.

In einer der letzten Stadtverordnetensitzungen stellte die kommunistische Fraktion die Anfrage, daß in der städtischen Häuserverwaltung Unterschlagungen vorgekommen sind. Der Magistrat verneinte das. Doch schon Wochen vor dieser Anfrage, am 31. August 1929, wurde der Beamte Stoscheck wegen Unterschlagung entlassen.

Dieser Beamte, der dem Zentrum sehr nahe stand, war seit eindreiviertel Jahren mit der Einziehung von Mieten beauftragt. Nur einen Teil der einkassierten Mieten hat der Herr Stoscheck verbucht. Den anderen Teil steckte er in seine Tasche. Die unterschlagene Summe beträgt, wie bis jetzt festgestellt ist, 2500 Mark. Es fanden wohl mehrmals Kassenrevisionen statt, die aber immer die Kasse in Ordnung befanden.

Nachdem die Unterschlagungen nach dreiviertel Jahren endlich an das Tageslicht kamen, hat der Leiter der Häuserverwaltung, Herr Ullbrich, die Sache dadurch zu vertuschen gesucht, daß er für Stoscheck 2500 Mark hinterlegte. Obwohl es sich um Unterschlagung bei einer öffentlichen Behörde handelte, wurde daraufhin kein Strafantrag gegen den Täter gestellt.

Dieses Manöver gibt uns sehr zu denken. Hier muß mehr dahinstecken, als wir bis jetzt als nackte Tatsachen veröffentlichen.

Warum hat der zentrümliche Oberbürgermeister Dr. Geisler seinerzeit der kommunistischen Fraktion auf ihre Anfrage nicht die Wahrheit gesagt?

Nach Wochen muß doch der höchste Beamte der Stadt unterrichtet sein, was für eine Sauwirtschaft in seinem Stalle getrieben wird.

Warum wurde die Sache aber dennoch so geheim gehalten und auch keine Schritte gegen diese Schweinereien unternommen, Herr Oberbürgermeister?

Sollen es nur die bevorstehenden Wahlen sein, die den Oberbürgermeister und den Magistrat solch eine schändliche Handlung an den Interessen der Stadt treiben ließ? **Sind nicht etwa noch mehr, vielleicht ganz hohe Beamte in diese schmutzige Unterschlagungsaffäre verwickelt?** Herr Oberbürgermeister, antworten Sie! Aber recht schnell, denn morgen bringen wir schon eine neue Schweinerei.

Da wir durchaus kein Vertrauen zu dieser Gesellschaft haben, was wir immer wieder betonen, so verlangen wir, daß sofort eine Kommission aus den Stadtverordneten in einer sofort zusammentretenden Stadtverordnetensitzung gebildet wird, die die ganze Angelegenheit gründlich prüft.

*

Arbeiter, Steuerzahler von Gleiwitz, das ist eine Frucht der Zentrumswirtschaft. Nicht bloß der eine Fall von Luderwirtschaft existiert in den geheiligten Mauern von Gleiwitz. An allen Ecken und Enden stinkt diese Sauwirtschaft heraus. Die „Arbeiter-Zeitung", das Organ der KPD., wird schonungslos alle Schweinereien aufdecken. Morgen bringen wir als nächstes:

Korruptionsstall Wohlfahrtsamt

Hindenburg

Die Unterschlagung bei der Sterbekasse Delbrückschächte

A. K. Eine außerordentliche Generalversammlung der Sterbekasse „Kokerei Delbrückschächte" beschäftigte sich am Sonntag mit den Schweinereien, die in der Kasse vorgekommen sind, und der Verschmelzung der Kasse. Eine sehr lebhafte Debatte wurde von allen Richtungen zu diesem Thema geführt. Der „gottlose" SPD.-Knappschaftsälteste Foit benahm sich dabei ganz erbärmlich. Er wies auf ein Kruzifix hin und meinte: „Wenn der am Kreuze vom Altare sprechen könnte, würde er schon die Wahrheit über die Unterschlagungen sagen." Trotz der göttlichen Rede des Reformisten wurden die Unterschlagungen in Abrede gestellt. 800 Mark sind eben flöten, und weil sich kein Schuldiger meldet, wird's wohl der liebe Gott gewesen sein. Ueber einen Betrag von 80 Mark, den der frühere SPD.-Betriebsrat Mandla als Darlehen gegeben hat, wurde Niederschlagung beantragt und auch angenommen. Nach langem Hin und Her wurde die Verschmelzung angenommen.

Waldi nahm endgültig Abschied

Waldemar Ossowski fühlt sich nun fest in seiner Krippe als Oppelner Zörgiebel. Aus diesem Anlaß nahm er von seinen Trabanten aus Hindenburg nun endgültig Abschied. Am Sonnabend gab er im Marmorsaale von Stadler einem ausgesuchten Gremium von SPD.-Funktionären ein kleines Wettfressen. Waldi ließ sich nicht lumpen. Obwohl bei Tisch die oberen Bonzen und die kleineren Pintscher gesondert saßen, bekam jeder genügend zu fressen und zu saufen. Der Alkohol floß ziemlich reichlich, und Waldi mußte sich „Heils" und anderes Zeug vorgrölen lassen.

Ja, Prolet, da staunste, wie die Herren Sozialdemokraten leben. Und das alles für unser Geld, das der Staat aus uns herauspreßt.

Achtung, Parteigenossen!

Am Sonntag, dem 3. November, 13 Uhr, treffen sich alle Parteigenossen bei Roth, Paulstraße, zum Propagandaumzug mit der Schalmeienkapelle. Erscheinen ist Pflicht!

Konzert. Am Sonntag, dem 3. November, veranstaltet die Freie Sängervereinigung der Stadt Hindenburg in Eisners Konzerthaus ein Wohltätigkeitsfest, bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen. Anschließend Tanz. Eintritt zum Konzert 19 Pfg. Anfang 17 Uhr, Kassenöffnung 16,30 Uhr.

Beuthen

Zentrumsausbeuter schimpft die Arbeiter faule Schweine

A. K. Der Klempnermeister Eduard Kandelka ist ein frommer Zentrumsmann. Das hindert ihn aber nicht, die Arbeiter in der gemeinsten Weise zu behandeln. Bei Kanalisierungsarbeiten hat er einige Arbeiter für den „horrenden" Stundenlohn von 67 Pfennigen beschäftigt. Andauernd schikaniert der fromme Zentrumsklempner die Arbeiter, daß sie ihm zuwenig leisten. Wenn es so weitergeht, sagt er, muß er pleitemachen, obwohl die Proleten dort bald bis zum Umfallen arbeiten. Am vorigen Freitag kam der fromme Mann wieder auf die Baustelle und **beschimpfte die Arbeiter als faule Schweine.**

Von einigen auch dort arbeitenden Maurern wurde ja dem Zentrumsmann gleich anständig Bescheid gegeben. Es liegt an seinen Arbeitern, ihm ganz sein „christliches" Benehmen auszutreiben.

Die Erwerbslosen fordern

A. K. Sonnabend fand wieder eine gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Die Versammlung nahm zu der Forderung von Winterbeihilfen und zum Reichsgewerkschaftskongreß der Opposition Stellung. Der Erwerbslosenausschuß wurde durch zwei Frauen ergänzt. Die Forderungen werden vom Erwerbslosenausschuß eingereicht. Da aber nicht viel von der Stadt zu erhoffen ist, werden die Erwerbslosen den schärfsten Druck hinter ihre Forderungen setzen müssen.

Bobrek-Karf

Saufgelage der Einheitsfront

A. K. Wenn die Arbeiterschaft mal an die Gemeinde Forderungen stellt, so findet sich immer eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur SPD., die dagegen ist. Diese Einheitsfront geht durch dick und dünn zusammen. Nachträglich erfahren wir, daß diese Einheitsfront kürzlich ein Saufgelage veranstaltete. Der Bürodirektor, der Wohlfahrtsinspektor und der Sozialdemokrat Kotzur soffen in trauter Gemeinschaft. Brüderlich umarmten sich der Deutschnationale und der Sozialdemokrat.

Einige Proleten sahen diesem Treiben zu. Als die Besoffenen schon auf die Tische krochen, sangen und wirre Reden gegen die Arbeiter schwangen, ergriff sie eine Wut, und sie schmissen einen Ziegelstein durch das Fenster. Feige erzitterte die besoffene Einheitsfront und lief ängstlich zur Polizei. Die Polizei kam sofort und suchte vergebens nach den Tätern. Den deutschnationalen und sozialdemokratischen Herrschaften ist aber die Lust zum Weitersaufen vergangen.

Arbeiter, merkt euch für den 17. November das Saufgelage!

„Der Dank des Vaterlandes . . ."

A. K. Ein Kriegsbeschädigter aus Städt.-Dombrowa, der zwei Jahre wegen Militärrente klagte, hat sich das Leben durch Oeffnen der Pulsadern genommen. Sein Antrag auf Rente wurde abgewiesen. (Näheres folgt.)

Ratibor

Wir fordern Aufhebung des RFB.-Verbots

Auch hier fand am Sonntag eine Kundgebung und Demonstration für den Roten Frontkämpferbund statt. Gegen 11 Uhr marschierten die Partei, die rote Arbeiterwehr mit Sympathisierenden vom Sammelplatz auf den Ring, Transparente mit den Losungen: „Wir fordern Aufhebung des RFB.-Verbotes!" und „Nieder mit dem Faschismus und Sozialfaschismus!" und „Am 17. November ist Abrechnung, wählt Kommunisten!" gaben der Demonstration ein sehr lebendiges Bild. Vor zirka tausend Menschen sprachen die Genossen König und Nowak.

Der Aufmarsch zeigte, daß auch die Ratiborer Arbeiterschaft bereit ist, für den RFB. und gegen Faschismus und Sozialfaschismus zu kämpfen. Arbeiter, steigert den Kampf! Stärkt die Reihen der KPD.!

Kreuzburg

Am Sonnabend, dem 2. November, 17.30 Uhr (5.30 Uhr abds.), auf dem Ring öffentliche Kundgebung.

Freier Turn- und Sportverein „Vorwärts"

Am vergangenen Sonntag entsandte der Verein zwei Genossen nach Oppeln zu dem vom 5. Bezirk veranstalteten Kursus für Spiel- und Sportleiter. Sonntag, den 3. November, fährt die erste Handballmannschaft zu einem Freundschaftsspiel mit der gleichen Mannschaft nach Oppeln.

Oppeln

Die SPD. zu den Stadtverordnetenwahlen

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, haben die Sozialdemokraten bei der Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung ihren bisherigen Vertreter, den Gasthausbesitzer Glücksmann, vollkommen fallen gelassen. Der Vorgang ist um so bemerkenswerter, da in der fraglichen Versammlung Glücksmann von keiner Seite vorgeschlagen wurde. Es müssen also schwerwiegende Gründe vorliegen. Liegt etwa ein zweiter Sklarek-Skandal in der Luft, oder wurde Glücksmann nicht aufgestellt, weil er nicht schnell genug nach der Pfeife des sozialdemokratischen Parteivorstandes tanzen wollte?

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Ossowski soll näheres darüber wissen, nur verschweigt er das selbst seinen eigenen Mitgliedern gegenüber. Vorgeschlagen sind an erster Stelle der Tabakarbeiter-Angestellte Tschugan, an zweiter Fuchs vom RAW. Oppeln, an dritter die Wohlfahrtsdame Frau Bröler und an vierter der Kriminalbeamte Pazulla.

Rundfunk-Programm

Freitag, 1. Nov. 16: Hedwig Fischer: Allerseelentag in Paris. — Clara Pasch: Sozialer Frauendienst. ● 16.30: Kammermusik. Klavier: Fr. Marizalek; Violine: E. Prade; Cello: C. Becker. ● 17.30: Kinderzeitung. Schnufftibus und der Zeitungsonkel: Peer Lhot, E. Fröhlich. ● 18: Direktor Hallama: Die Piastenstadt Oppeln. ● 18.15: Gleiwitz: Bergassessor a. D. Dr. Porkosch: Die besonderen Verhältnisse des oberschlesischen Steinkohlenbergbaues. ● 18.40: Oberpostrat Jaffke: Die diesjährige deutsche Funkausstellung in Berlin. ● 19.05: Schlesische Kunststätten. In der Kreuzkirche (Uebertragung). Ein Zwiegespräch: Oberkaplan Härtel, Dr. Wenzel. ● 19.50: Inhalt und Personen der Opern des Abends. ● 20: Kroll-Oper, Berlin: Spanische Stunde. Komödie in einem Akt. Musik von Maurice Ravel. Musikal. Leitung: Alex. v. Zemlinsky. Pers.: Conception, Frau des Torquemada; Gonzalo, ein Schöngeist; Torquemada, Uhrmacher; Ramiro, Maulseltreiber; Don Inigo Gonez. — Der arme Matrose. Eine Klage in drei Akten. Musik von Darius Milhaud. Pers.: Der Matrose; seine Frau; sein Schwiegervater; sein Freund. Das Stück spielt in unserer Zeit. — Angelique. Buffo-Oper in einem Akt. Musik von J. Idert. Pers.: Angelique; zwei Gevatterinnen; Boniface; Charlott; ein Italiener; ein Engländer; ein Neger; ein Teufel. Nachbarn und Nachbarinnen. Die Szene spielt in einem Hafen. ● 22.35: Reichskurzschrift. Wiederholungs- und Diktatstunde.

Sonnabend, 2. Nov. 15.30: Stunde mit Büchern. ● 16: Händel und Gluck (Schallplatten). ● 17: Deutsche Welle: Obersteuerinspektor Potzel: Zehn Jahre Reichssteuerverwaltung. ● 17.30: Dr. Hamburger und G. M. Lippmann: Die Filme der Woche. ● 18.10: Margarete Voller: „Allerseelen" (Esperanto). ● 18.30: Französisch für Anfänger. ● 18.55: Mariendorn. Legende von Lucie Treste. ● 19.10: Vom Tode und vom ewigen Leben. Deutsche Volkslieder. Ausgewählt und gesetzt für Chor, Einzelstimmen, Streichinstrumente und Soloflöte von Jos. Wittkowski. „Es ist ein Schnitter, heißt der Tod", Verse aus einem Volkslied vom Tode. — „Es ging ein Jungfrau zarte". — „Sterben ist eine harte Nuß", Verse aus einem Volkslied vom Tode. — „Der grimmig Tod mit seinem Pfeil". — „Es sungen drei Engel ein' süßen Gesang". — „Von der Auferstehung der Toten". — Kurze Sonate über ein gregorianisches Thema. — Sonata da capo. — Vom Gerichte aus „Offenbarung Johannes". — „Ich weiß ein lieblich Engelspiel". — „Grad dort, wo der Himmel offen steht". — „Ich wollt, da ich daheim wär". Ausf.: Hilde Wanzek (Sopran), Herbert Brunar (Rezitation), Studienchor, Funkkapelle. ● 20.05: Sendbericht Dr. Freymark: Die Wasserwirtschaft im Odergebiet. ● 20.30: „Meine Frau, die Hofschauspielerin". Lustspiel von Alfred Möller und Lothar Sachs. Spielt zum Teil in der Wohnung eines Bühnenschriftstellers und im Künstlerzimmer des „Neuen Komödienhauses".

Nochmals Zuckerfabrik

Verspätet veröffentlichen wir folgenden Bericht:

Am vergangenen Sonnabend brachten wir einen Artikel über die Methoden der Arbeitereinstellung in der Zuckerfabrik. Hier bringen wir einen Beweis für unsere Behauptungen. Ein Arbeiter erhielt vom Direktor der Zuckerfabrik eine Karte, daß er sich zur Arbeitsaufnahmen in der Fabrik melden soll. Am 7. Oktober wurde dem Arbeiter Arbeit für den 14. Oktober versprochen. In der Zwischenzeit wurde der Arbeiter von einigen Nazis, die dort schon arbeiten, denunziert und wurde nicht eingestellt. Warum das? Nun, weil der Arbeiter etwas revolutionär angehaucht ist. Und die Zuckerfabrik ist ein Asyl für Faschisten und Mameluken.

Gegen solche Methoden muß die Arbeiterschaft energisch Front machen. Die Arbeitslosen müssen sich zusammenschließen und erzwingen, daß diese Methoden beseitigt werden. Auf diese Denunzierungen muß den Nazis in diesem Betriebe eine proletarische Antwort zuteil werden, an die die Unternehmerknechte ewig denken sollen.

Versammlungskalender

Ratibor. Rote Hilfe. Freitag, den 1. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Stadt Troppau".

Arbeitersport

Die 12-Jahr-Feier der Sowjetunion und die Arbeitersportler

Das Exekutivkomitee der Roten Sportinternationale wendet sich in einem Aufruf an die Arbeitersportler anläßlich der 12-Jahr-Feier der Sowjetunion, dem wir folgende wichtige Stellen entnehmen:

Am 7. November feiern wir das zwölfjährige Jubiläum der proletarischen Revolution, die zum erstenmal in der Welt eine Republik der Diktatur des Proletariats — die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — geschaffen hat.

Die Körperkultur umfaßt schon die ganze Schicht der werktätigen Bevölkerung. Sie stellt einen nicht mehr wegzudenkenden Teil in der Arbeit der Schulen, Universitäten und Erholungsheime dar. Schon breite Massen der Arbeiter und Angestellten erfassend, geht die Körperkultur auch in das Leben des Dorfes über und dringt in die entlegensten Ecken vor, damit die Verwirklichung der Kulturreaktion und des Aufbaues einer neuen Lebensweise erzielend. Die Zahl der Sportheime, Stadione und anderer Sportübungsstätten ist im ständigen Anstreben begriffen.

Das Wachstum der Sowjetunion und seiner Kräftigung ruft mehr und mehr den Haß des Weltkapitals und seitens der ideologisch mit der Weltbourgeoisie verbundenen, rückständigen, kapitalistischen Elemente im Innern der Sowjetunion hervor. Der Krieg gegen die Sowjetunion ist eine ständige Bedrohung. Auf Initiative der Sozialfaschisten vereinigen sich die imperialistischen Mächte für die Unterdrückung der Sowjetunion. Die Sportblockade, die die Reformisten um die Sowjetunion errichtet haben, das Verbot gemeinsamer Sportveranstaltungen mit den Sportlern der Sowjetunion, die Ausschlüsse und Schikanen, welche die revolutionären Sportler für ihr Treffen mit den Sowjetsportlern zu erdulden haben, alles dies ist ein Teil des allgemeinen Kampfes der Bourgeoisie und der Reformisten gegen die Sowjetunion.

Der 12. Jahrestag der Oktoberrevolution muß der Anlaß sein zum aktiven Kampf, die Sportblockade gegen die Sowjetunion aufzuheben und noch mehr die Verbindung zwischen den proletarischen Sportorganisationen der ganzen Welt bei den Sportlern der Sowjetunion zu stärken. Arbeitersportler, führt diesen Kampf unter den Losungen: Hinweg mit der Sportblockade gegen die Sowjetunion! Stärkt die Verbindung mit den Sportlern der Sowjetunion! Arbeitersportler, Soldaten der Revolution, bereitet euch zum Welt-Oktober vor. Beteiligt euch überall an den Demonstrationen und Veranstaltungen aus Anlaß des zwölfjährigen Jubiläums der Sowjetunion. Organisiert zu diesem Zweck eigene Veranstaltungen. Die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaues unserer Körperkultur-Bewegung der Sowjetunion müssen in den Sportorganisationen popularisiert werden.

Arbeiter-Kegler gegen die Spaltungspolitik der Zentral-Kommission

Erst vor kurzem wurde der Arbeiter-Keglerbund in die Zentralkommission aufgenommen. Schon wenige Tage darauf begannen die Reformisten in diesem Verband die Hetze gegen die Opposition und ganz offen wurde von dem Ausschluß derjenigen Ortsgruppen und Gaue gesprochen, die sich nicht bedingungslos der sozialdemokratischen Politik der Zentralkommission unterwerfen.

Der Gau 2 (Mitteldeutschland) beschäftigte sich auf seiner letzten Gaukonferenz mit der Frage des Anschlusses des Arbeiter-Keglerbundes an die Zentralkommission. Gegen eine Stimme wurde eine Entschließung angenommen, in der ausdrücklich betont wird, daß der Anschluß an die Zentralkommission „keinesfalls einen Einfluß auf die ablehnende Stellung der Arbeiterkegler gegenüber der von der Zentralkommission zur Durchführung kommenden Ausschlüsse und Spaltungsmaßnahmen in der Arbeitersportbewegung ausüben darf." Die Gaukonferenz brachte vielmehr zum Ausdruck, daß die Arbeiterkegler auch als Mitglied der Zentralkommission den Kampf für die Einheit der Arbeitersportbewegung auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes führen werden.

Serienkämpfe der Waldenburger Athleten

Am Sonntag fanden in Reußendorf die Serienkämpfe im Ringen statt. Bei allen Kämpfen wurde guter Sport gezeigt. Die Ergebnisse: Schüler-Vorrunde: Tannhausen 9½ Punkte, Dittersbach 4½ Punkte. Männerklasse: Dittersbach — Reußendorf 24:4 Punkte für Dittersbach. Tannhausen — Hermsdorf 23:5 Punkte für Tannhausen. Dittersbach — Tannhausen 20½:7½ Punkte für Tannhausen. Reußendorf — Hermsdorf 8½:5½ Punkte für Hermsdorf. Hervorgehoben muß werden die einwandfreie Tätigkeit der Kampfrichter. Die Endkämpfe finden Sonntag, den 10. November, in Dittersbach, Turnhalle, statt.

Arbeiter-Athleten-Bund. Den Bezirksvereinen zur Kenntnis, daß am Sonntagvormittag im Gelände der Loheaufforstung in Gräbschen die Bezirksschnitzeljagd stattfindet. Treffpunkt 9,30 Uhr, Baracke auf dem Sportplatz.

Königszelt. Fußball. Auf dem hiesigen Sportplatz trafen sich am Sonntag folgende Mannschaften zu Freundschaftsspielen: Königszelt 2. Jgd. — Weißstein 2. Jgd. 5:0; Königszelt 1. Jgd. — Konradswaldau 1. Jgd. 2:0; Königszelt II — Konradswaldau II 4:1. Zum Schlußspiel standen sich Königszelt I und Konradswaldau I gegenüber. Konradswaldau war es in der ersten Serie gelungen, ein 3:3-Resultat zu erzielen. Vom Anstoß an übernimmt Königszelt mit großer Ueberlegenheit das Spiel, doch der sehr gute Torwart von Konradswaldau vereitelt jeden Erfolg. Königszelt kann sogar nicht verhindern, daß Konradswaldau durch zu weites Aufrücken der Königszelter Verteidigung mit 2:0 in Führung geht. Doch Königszelt greift unentwegt immer wieder an, und es gelingt, bis Halbzeit ein 3:2-Resultat zu erreichen. Nach Halbzeit spielt Königszelt weiter überlegen und erzielt vier weitere Tore. — Am kommenden Sonntag ist Königszelt mit vier Mannschaften bei KSV. Langenbielau zu Gaste. — Am Freitag findet die Generalversammlung der Abteilung im Vereinslokal statt.

Ausverkauf wegen Aufgabe

meines 2. Ladens und vollständiger Aufgabe von

Hüten / Mützen / Tuchwesten
Damenstrümpfen / Handschuhen

Zwecks schnellster Lagerräumung beispiellos billige

Oberhemden / Nachthemden / Unterzeuge
Socken / Schals / Halstücher

Denken Sie an Weihnachten!

S. Zöllner, Breslau
Schmiedebrücke 64/65
4. Haus vom Ring, links

Serbische Arbeitermörder provozieren

Am 23. Oktober begab sich eine Delegation der Roten Hilfe Berlin I in die Berliner jugoslawische Gesandtschaft, um im Namen der deutschen Arbeiterschaft gegen den weißen Terror in Jugoslawien zu protestieren. Die Delegation wurde versehentlich dem Gesandten vorgelassen. Als sie dem Gesandten über die entsetzlichen Greueltaten in Jugoslawien ihren Protest ausdrückten, erklärte dieser, ihm sei von einem Terror in Jugoslawien „nichts bekannt", es seien alles Lügen, die im Ausland verbreitet werden. Damit war die Delegation erledigt.

Am 24. Oktober begab sich eine Delegation aus Pankow und eine zweite Delegation aus dem Wedding ebenfalls in die Berliner jugoslawische Gesandtschaft. Diesmal funktionierte der Dienstbesser. Die Genossen wurden überhaupt nicht vorgelassen. Sie gaben Protestresolutionen und Pressematerial über den weißen Terror in Jugoslawien ab. Als sie forderten, mit dem Gesandten persönlich zu sprechen, wurden sie in jugoslawischer Sprache beschimpft und aus der Gesandtschaft hinausgewiesen.

Es ist notwendig, daß das gesamte deutsche Volk seinen Kampf gegen den weißen Terror in Jugoslawien verstärkt und trotz der frechen Provokationen der Berliner jugoslawischen Gesandtschaft seine Solidarität mit den jugoslawischen Brüdern bekundet.

Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats

Prostitution

Im Neuen Deutschen Verlag erscheint ein neues Lieferungswerk: „Die Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats" von Otto Rühle. Das Bildmaterial wurde von Fritz Schiff zusammengestellt. Wir können unseren Lesern einen Probeabschnitt aus dem Kapitel „Prostitution" geben.

Scherr erzählt in seiner Kultur- und Sittengeschichte (1870) zur Charakterisierung der Berliner Sittenzustände folgende „wohlverbürgte Alltagsgeschichte": „Ein junger Arzt wohnte bei einer armen Handwerkerfamilie. Die älteste Tochter war im Alter der Einsegnung. Es war den Leuten aber durchaus nicht möglich, ein nur einigermaßen elegantes Einsegnungskleid, worauf in Berlin so unendlich viel gesehen wird, herbeizuschaffen. Da der junge Arzt soeben erst seinen Wechsel erhalten, machte er sich das Vergnügen, Kleid und Umschlagetuch zu schenken. Tochter und Eltern sind außer sich vor Freuden und danken mit Tränen im Angesicht. Aber welche Ueberraschung steht dem jungen Arzt bevor, als er an demselben Tage, wo das Mädchen eingesegnet wurde, spät abends in seine Stube zurückkehrt. Wie eine blühende Rosenknospe liegt die Jungfrau, vollständig zur Nacht gekleidet, ruhig schlummernd auf seinem Bette. Er ist bestürzt, verwirrt, und ruft endlich die Mutter. Das Weib bekennt, aus Dankbarkeit habe sie ihm die ersten Reize ihrer Tochter überliefern wollen, da es ihr doch nicht möglich sei, dieselbe vor Anfechtungen zu schützen."

Hessen erzählt den Fall eines Kutschers, der die vier jugendlichen Töchter seiner noch ärmeren Nachbarfamilie mißbrauchte. „Die Eltern waren so arm, daß das hübsche Ding oft Hunger litt und er sich die Gunst der Fünfzehnjährigen dadurch erwerben konnte, daß er ihr von seinem Brot zusteckte."

In Hartmannsdorf bei Graz lockte der Kaplan die zwölf- und dreizehnjährigen Mädchen des Ortes in den Abendstunden nach dem Pfarrhofe unter dem Versprechen, ihnen Näschereien und heilige Bilder zu schenken. Dabei schändete er die Hälfte der Mädchen, bis die Erkrankung eines der Opfer seine Verfehlungen, die er jahrelang hatte unentdeckt verüben können, an den Tag brachte.

Die amtliche Prostitutionsstatistik der Stadt Wien von 1914 bis 1923 ergab, daß 35 Prozent der unter Kontrolle stehenden Mädchen Vollwaisen waren. Unter den minderjährigen Prostituierten waren 23 Prozent ganz und 31 Prozent halb verwaist. Von den im Jahre 1923 angehaltenen geheimen Prostituierten gehörten die Väter ihrem Berufe nach zu 42,3 Prozent dem Arbeiterstande an. 12 Prozent der Väter waren dem Alkohol ergeben. 51,5 Prozent der Angehaltenen waren arbeitslos. 23 Prozent hatten nicht einmal ein Logis oder einen Unterstand.

Soweit es sich bei den aufgegriffenen Mädchen um Angehörige wirtschaftlich gutsituierter oder doch ausreichend versorgter, vorwiegend bürgerlicher Familien handelte — es waren 1919/20 jugendliche Töchter von Aerzten, Stadträten, Finanzräten, Staatsbeamten, Offizieren usw. darunter —, mochte mehr das psychologische Moment den Anstoß zum Beschreiten dieser Laufbahn gegeben haben. In anderen Fällen war das Ueberwiegen des sozialökonomischen Moments unverkennbar. Besonders soweit Proletarierinnen in Betracht kamen, fiel das Moment des Verdienstes stärker ins Gewicht.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, 2. Novbr. bis Freitag, 8. Novbr. täglich 20.15 Uhr
Marius
Komödie v. Marcel Pagnol (deutsche Bearbeitung von Bruno Frank)
Sonnabend, den 9. Novbr. 20.15 Uhr
Uraufführung!
Herrn Salvermoisers seltsame Seelenwanderung
Komödie v. Roland Betsch

Thalia-Theater
Von Sonnabend, 2. Novbr. bis Freitag, den 8. Novbr. täglich 20.15 Uhr
Die Bekehrung des Ferdinand Pistora
Komödie v. Frantisek Langer deutsch von Otto Pick
Sonnab., 9. 11., 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Die heilige Flamme
Schauspiel v. W. Somerset Maugham
Sonntag und Dienstag 20.30 Uhr
Was ihr wollt
Lustspiel v. W. Shakespeare

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Donnerstag und Freitag
Letzte 2 Aufführungen 8 Uhr
Friederike
Ab Sonnabend, 2. 11.
5 Gastspiele 5
Margit Suhy von der Staatsoper Berlin
Gerte Flinker vom Theater des Westens
und Edmund Lichtenstein in
Die Fledermaus
Johann Strauß' Meisteroperette

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 26. Oktober bis 3. Nov. 1929
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 5
Zar und Zimmermann
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 5
Judith
Sonnabend, 20 Uhr
Gastspiel Adolf Fischer Nationaltheater München
Aida
Sonntag, 15,30 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Der fliegende Holländer
20 Uhr
Der Mazurka-Oberst

Sämereien
Vogelfutter
Futtermittel
Richard Schwella
Matthiasstraße 185
Ecke Weinstraße 85

B. Thiemann, Beerdigungs-Anstalt
Breslau 10, Matthiasstr. 124
Fernruf 21 602
Inhaber: Erich Müller

Nähmaschinen
KOCHS ADLER
für Haushalt, Heimarbeit und Gewerbe
10 Mark Anzahlung
2.50 wöchentliche Ratenzahlung
Jos. Greulich, Mechanikermstr.
Breslau, Herrenstr. 24 / Telephon 507 65
Reparaturen u. Ersatzteile für alle Fabrikate

Genosse sucht
Leerzimmer mit Küche
Angebote an die Arb.-Zeitung

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 — Blücherplatz 17
Lessingstraße 10 — Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 — Michaelisstr. 3
Bekommen am:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer . . . . . 32% = 2.65
Weinbrand-Verschnitt . 38% = 3.45
Weinbrand echt . . . 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt 3.70
Himbeersaft . . . . per Liter 1.35
(1 Liter über 2½ Pfund)
98% Prima Sprit . . per Liter 7.00
Tafel-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Curaçao, Goldwasser, Bitterorange, Crème de Cacao, Stonsdorfer, Altesch, Pfefferminz, Rose, Prünelle, Sherry Brandy, Kirschgeist, Madeira, Malb und Malb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

B. Pohl
Beste und billigste Bezugsquelle
ff. Schokolade
Kakao — Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks — Waffeln und Zwieback
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Breslaus

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Mohry, Breslau, Hirschstr. 69

Möbel
Schlaf-, Speisezimm., Wohnzimm., Küchen auf
Kredit
auch Einzelmöbel, Schränke, Vertikos, Bettstellen etc. zu niedrigsten Preisen.
Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9

M. Riedel
Färberei u. chem. Waschanstalt
Breslau 8
Färbt
Reinigt
Wäscht
Ofenerstr. 91
Annahmestellen in allen Stadtteilen

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Spottbillig
kaufen Sie gute, getragene
Herren-Garderobe
wie Anzüge, Mäntel, Gehrock
Frack- und Smoking-Anzüge
nur im **Leihhaus**
32l. Kupferschmiedestraße 32l.

Beerdigungsanstalt
C. Heymann
Bestattungs-Versicherung
Ueberführung
und Feuerbestattung
Klosterstr. 97 — Zweiggeschäft Gräbschener Straße 87 — Telephon 587 47

Spottbillig
kaufen Sie bestgelegt. neue sow. gute getragene
Anzüge, Mäntel,
Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge teils auf Seide 25 Mk.
nur bei
E. Singer, Ring 47 u. 52

Täglich frische
See-Fische, Fluß-Fische
Wild u. Geflügel bei
Willi Hanke
Schweidnitz, Langstraße 29